

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en



Die Lehren des 12. Februar 1934

Gerald Netzl, stellvertretender Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, reflektiert in seinem Leitartikel für den Themen-Schwerpunkt dieser Ausgabe die wichtigsten Ereignisse des nunmehr 80 Jahre zurückliegenden 12. Februar 1934 und skizziert, warum gerade unser Verband eine so wichtige Rolle im Gedenken an diese Phase der Geschichte einnimmt.

Der 12. Februar 1934 stellt ein bedeutendes Datum für Österreich dar. An diesem Tag endete mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei endgültig die Erste Republik. Der schrittweise Abbau demokratischer Rechte sowie sozialer Errungenschaften durch die bürgerlichen Bundesregierungen mündete in einen verzweifelten Aufstandsversuch von Teilen des seit 31. März 1933 verbotenen Republikanischen Schutzbunds. Leitartikel von Gerald Netzl.

Linz, Montag, 12. Februar 1934, 7 Uhr. Die Polizei durchsucht das sozialdemokratische Parteisekretariat im Hotel „Schiff“ nach Waffen. Mitglieder des Republikanischen Schutzbunds eröffnen das Feuer. Der Kampf hat begonnen. Neben Linz sind Steyr, Bruck an der Mur und Graz die Hauptzentren der Kämpfe. In Wien setzt der Widerstand um 11.46 Uhr ein: E-Werk-Arbeiter schalten den Strom ab und geben damit das vereinbarte Signal zum Generalstreik. Die ersten Schüsse fallen. Die Bundesregierung verhängt das Standrecht ... Am Donnerstag, dem 15. Februar, sind die Kämpfe zu Ende. Ein Generalstreik hat nicht stattgefunden, die Arbeiterschaft war nach fünf Jahren Weltwirtschaftskrise demoralisiert. Die Regierung ist endgültig „Herrin der Lage“. Die Opfer in ganz Österreich nach offiziellen Angaben: 118 Tote und 486 Ver-

wundete auf Regierungsseite, 196 Tote und 319 Verwundete auf der Gegenseite. Neun Schutzbündler werden standrechtlich gehängt, mehr als 1.200 eingekerkert. In Wien hatte man erst in der

Bauwerk, das in der ganzen Welt als Symbol der sozialen Wohnbautätigkeit des „Roten Wien“ gilt. Montagnachmittag hatte die Polizei nach vergeblicher Waffensuche Beobachtungsposten rund um den großen Gebäudekomplex aufgestellt. Gegen 19 Uhr kam es zu blutigen Zusammenstößen. Schutzbundführer Emil Svoboda wird wegen dieser Kämpfe am 15. Februar standrechtlich hingerichtet. Am Montagabend vertreibt der

zu schießen. In den Wohnungen befinden sich Frauen und Kinder.

Am 13. Februar, um 9.45 Uhr, trifft die Artillerie den „Blauen Bogen“ im dritten Stockwerk. Nun folgt der Sturmangriff. Aber die Verteidiger geben nicht auf. Stundenlang tobt ein erbitterter Kampf. Dann müssen die Panzerautos und Kanonen nach Floridsdorf, diesen Bezirk kontrollieren die Schutzbündler als einzigen, abgezogen werden,



Vorwoche Hausdurchsuchungen im Parteihaus in der Rechten Wienzeile und in den großen Gemeindebauten erlebt. Vom Dachboden bis zum Keller suchte die Polizei – vergeblich – nach Waffen. Die Parteiführung, unter dem Eindruck des verheerenden Schicksals der Arbeiterparteien im Deutschen Reich, war selbst Anfang 1934 immer noch in der Hoffnung auf einen Kompromiss mit der Regierung. Es sollte anders kommen.

Kampf um den Karl-Marx-Hof
Vier Tage lang dauert der Kampf um den Karl-Marx-Hof, jenes

Schutzbund vorübergehend die Polizei aus dem Wachzimmer des benachbarten Bahnhof Heiligenstadt. Der Bahnverkehr auf der Franz-Josefs-Bahn wird unterbrochen. Gegen 23 Uhr rückt der Heimatschutz an und nimmt die Verteidiger unter Beschuss. Ein Angriff wird zurückgeschlagen. Nun kommt das Bundesheer. Um 1 Uhr eröffnen die Haubitzen einer Gebirgskanonenbatterie von der Hohen Warte her das Feuer auf den Wohnkomplex. Um 4 Uhr früh kommt Fey und billigt ausdrücklich den Plan, den Karl-Marx-Hof mit Artillerie sturmreif

auch wird das Feuer aus anderen nahen Gemeindebauten immer heftiger. Die Angreifer ziehen sich aus dem halbzerstörten Gebäude wieder zurück.

Nun wenden sich Polizei, Militär und Heimwehr gegen die Gemeindebauten der Umgebung und treiben deren Verteidiger in die Schrebergärten. In der Nacht zum Mittwoch kommen neue Truppen, wagen aber keinen Angriff. Erst am 15. Februar, als Militär in überwältigender Stärke aufmarschiert und neuerlich Kanonen schießen, hissen die Verteidiger die weiße Fahne. Um



14.30 Uhr besetzt die Exekutive den Hof.

Am Sonntag danach fahren die Wiener zu den Stätten der Zerstörung: Die einen sehen sie mit Genugtuung, die anderen mit bitterer Trauer. Die Risse, die die Artillerie der Regierung in die Arbeiterhäuser geschossen hatte, gingen auch durch die Herzen. Sie machten Österreich sturmreif für eine noch viel grausamere Diktatur vier Jahre später. Heute, achtzig Jahre danach, sind die Ereignisse weitgehend in Vergessenheit geraten, Medien und Öffentlichkeit konzentrieren sich auf 1914 und den Beginn des

Ersten Weltkriegs. Es bleibt, dass Österreichs Arbeiter als erste in Europa dem Faschismus mit der Waffe entgegentraten.

Niemals vergessen

Der französische Philosoph Jacques Derrida hat sinngemäß gesagt, Historiker stellten die Vergangenheit gemäß ihren eigenen subjektiven Erfahrungen und gemäß ihrer momentanen Situation dar. „Sie stellen dar, wie sie denken, nicht wie die Dinge tatsächlich stattgefunden haben. ... Die Geschichte ist ein ‚altes Tuch‘, das immer wieder aufgetrennt und neu zusammengefügt werden muss.“ Die Koalition von

ÖVP und SPÖ nach 1945 basierte wesentlich auf der These der „geteilten Schuld“, was die Entwicklung in der Ersten Republik und den Weg in den Februar 1934 betraf. Diese These erwies sich, unabhängig von politischen Standpunkten, als wissenschaftlich unhaltbar. Und doch gibt es in jeder Gesellschaft politische Auseinandersetzungen um die Interpretationen der Geschichte. Diese finden in der wissenschaftlichen Literatur statt, werden um die Inhalte von Schulbüchern geführt und zeigen sich in den Diskussionen um die (Um-)Benennung von Straßen, das Errichten von Denkmälern, das Anbringen

von Gedenktafeln u.Ä. Es hängt von uns Freiheitskämpfer/innen ab, ob in Österreich an den 12. Februar erinnert wird oder nicht. Es hängt von unserem Einsatz ab, wie an den 12. Februar erinnert wird. Auf Gedenkfeiern zu verzichten, nichts zum Februar 1934 zu publizieren, hieße den öffentlichen Raum aufgeben. Die Kenntnis der Mechanismen, die zur Fragmentierung und Polarisierung unserer Gesellschaft in der Ersten Republik geführt haben, ist ein unverzichtbarer Beitrag in unserem heutigen Kampf von Partei und Gewerkschaften gegen Sozialabbau, für Freiheit und Demokratie. **Gerald Netzl** ■

Bewusstsein bedeutet Verantwortung

Die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer/innen Herta Slabina appelliert, Freiheit und Demokratie immer wieder aufs Neue zu erkämpfen und zu verteidigen.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nie gestalten können!

Wir sollten daher wissen, dass der 1. Weltkrieg mit seinem unvorstellbaren Gemetzel der Auslöser für viele Veränderungen und schicksalhafte Ereignisse war. Wir Freiheitskämpfer/innen werden nie vergessen und verstehen uns als Mahner!

Am 14. Juli 1927 schossen Frontkämpfer in Schattendorf/Burgenland aus einem vergitterten Fenster auf Personen des Sozialdemokratischen Schutzbundes und töteten einen Arbeiter und ein Kind eines Eisenbahners. Die Verbrecher wurden jedoch vor Gericht freigesprochen. Dies führte am 15. Juli zu einer Demonstration auf der Ringstraße

in Wien. Der Justizpalast und eine Polizeidienststelle wurden in Brand gesteckt. Die Polizei schoss auf die Demonstranten, und viele von ihnen wurden getötet. Doch der damalige Bundeskanzler Dr. Seipel verneinte die Schuld der Polizei und meinte, schuld an den Toten sei allein der Bürgermeister Wiens.

Im Jahre 1933 wurde das Parlament ausgeschaltet. Alle

Sozialdemokratischen Organisationen sollten verboten, deren Mitglieder verhaftet und der Ständestaat errichtet werden. Dies versuchten die sozialdemokratischen Schutzbündler im Februar 1934 zu verhindern und ein Flächenbrand des Widerstandes gegen die austrofaschistische Diktatur erfasste ganz Österreich. Heimwehr, Polizei und Militär schossen auf unschuldige Frauen und Kinder, und mit Kanonen auf Arbeiterwohnhäuser. Hunderte Tote auf beide Seiten waren das traurige Ergebnis. Viele Schutzbündler wurden verhaftet, hingerichtet oder inhaftiert.

Es ist nun 80 Jahre her, dass sich Sozialdemokraten und Christlichsoziale mit dem Gewehr gegenüberstanden, doch die Schutzbündler, die Helden des Februar 1934, mussten der Gewalt weichen und der Traum von Freiheit und Demokratie war aus-

geträumt. Doch gewonnen hat in Wirklichkeit niemand – Sieger waren allein die Populisten, die Nationalsozialisten. Niemand konnte ahnen, dass das alles in einer faschistischen Diktatur und schlussendlich im Zweiten Weltkrieg enden würde.

Mit den Erinnerungen an den 12. Februar 1934 ist ein ganzes Stück Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie verbunden und dieser Widerstand der Freiheitskämpfer war ein heldenhafter Akt für viele Demokratien Europas.

Aus dem Bewusstsein der Verantwortung für unsere Demokratie und der nächsten Generationen werden wir Freiheitskämpfer/innen und Antifaschist/inn/en so eine Entwicklung stets zu verhindern versuchen. Diesem Motto „Niemals vergessen!“ und „aus der Geschichte lernen“ haben wir uns verschrieben und legen jährlich im Februar ein neuerliches Versprechen ab, für Freiheit und Demokratie einzutreten, denn die Demokratie ist kein Geschenk und muss immer aufs Neue verteidigt und erkämpft werden.

Herta Slabina ■



Das Republikdenkmal neben dem Parlament wurde nach den Februarkämpfen 1934 mit Kruckenkreuz-Fahnen verhängt und es wurde ein Dollfuß-Porträt angebracht



HBF/Andy Wenzel

Gemeinsames Februar-1934-Gedenken

Die Bundesregierung sowie VertreterInnen der Opferverbände haben am Wiener Zentralfriedhof gemeinsam der Februarkämpfe 1934 gedacht. Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Spindelegger legten dabei einen Kranz beim Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich (1934 bis 1945) nieder.

Erstmals seit 1964 richteten SPÖ und ÖVP wieder eine gemeinsame Gedenkveranstaltung aus. 1964 hatten der damalige ÖVP-Bundeskanzler Alfons Gorbach und SPÖ-Parteichef Bruno Pittermann einen Kranz niedergelegt. Bei der Gedenkveranstaltung fanden sich die Regierungsspitze, die Klubobleute von SPÖ und ÖVP sowie Vertreter der Opferverbände und der Religionsgemeinschaften ein. Bereits im Vorfeld sprach Bundeskanzler Werner Faymann von einem richtigen und zeitgemäßen Signal. „Man muss aus der Geschichte die richtigen Schlüsse ziehen. Das ist gerade in einer Zeit wichtig, wo in Europa starke soziale Gegensätze aufkommen und rechte, extreme Populisten

stärker werden, wie in Ungarn oder auch in Frankreich“, so der Kanzler im Gespräch mit dem „Kurier“.

Gräben überbrücken

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder sprach im Zuge der Gedenkveranstaltung von einem Zeichen, dass ganz bewusst die Gräben zwischen beiden Parteien überbrückt werden. Weiters begrüßte Schieder die von der ÖVP angekündigte Neubewertung des Porträts des umstrittenen christlichsozialen Politikers Engelbert Dollfuß. Für SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder ist es „schwer zu akzeptieren, dass ein solches Porträt in den Klubräumen hängt“. Ob dieser erste Schritt genug ist, wird man sehen. ■

Taus verharmlost Austrofaschismus

Nicht alle in der Volkspartei scheinen Interesse daran zu haben, das dunkelste Kapitel der christlichsozialen Parteigeschichte aufzuarbeiten. So rühmte sich Josef Taus, Parteiboss der ÖVP zu Kreiskys Zeiten, in einem Interview mit der „Presse“, seinerzeit verhindert zu haben, das Bild von Engelbert Dollfuß im ÖVP-Parlamentsklub abzuhängen. Offenbar hat der ehemalige Bundesparteiboss der ÖVP kein grundsätzliches Problem mit der austrofaschistischen Diktatur. In altbekannter Manier wehrte Taus eine Frage der Tageszeitung zur Errichtung der Diktatur damit ab, dass „Engelbert Dollfuß das erste prominente Opfer des Nationalsozialismus“ gewesen sei. Taus räumte lediglich ein: „Der Ständestaat ist dann leider etwas totalitär geworden, das war keine glückliche Phase für die Republik. Aber in Wahrheit war es ein Versuch, die Selbstständigkeit des Landes zu erhalten.“

Das austrofaschistische Regime hatte erst das Parlament und dann alle weiteren Parteien ausgeschaltet. Bei den Kämpfen im Februar 1934 wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich für Demokratie und die Republik einsetzten, von den faschistischen Heimwehren und dem Bundesheer niedergeschossen.

In Schnellurteilen wurden Überlebende, auch schwer verletzt, standrechtlich ermordet. Die Sozialdemokratie wurde damit brutal ausgeschaltet. 1936 folgte dann die Annäherung des Austrofaschismus an den deutschen Nationalsozialismus, was auch den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten in Österreich Aufschwung verlieh. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden hingegen eingesperrt oder ins Exil getrieben. 2012 bekamen diese Widerstandskämpferinnen und -kämpfer späte Genugtuung und die politischen Opfer des Austrofaschismus, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten, wurden rehabilitiert. Noch immer gute Seiten an diesem Regime zu suchen, ist mehr als jeseitig. ■



oevp.at

Josef Taus hat im Vorfeld der Februar-Gedenkveranstaltung das austrofaschistische Regime schöneredet

Parlamentsklub im Gedenken an Koloman Wallisch

Der SPÖ-Parlamentsklub legte im Gedenken an die Opfer des Februars 1934 einen Kranz vor der Gedenktafel von Koloman Wallisch nieder.

Koloman Wallisch ist einer aus unseren Reihen, der damals Opfer wurde. Koloman Wallisch war ein steirischer sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter aus Leoben, der aufgrund seiner

Gesinnung verurteilt, gefangen und standesrechtlich hingerichtet wurde“, betonte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder bei der Gedenkundgebung, an der zahlreiche SPÖ-Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des SPÖ-Parlamentsklubs teilnahmen.

„Wallisch, Birnecker, Münchreiter und viele andere Opfer des Austrofaschismus zeigen, wie schwer es ist, für seine Gesinnung einzutreten. Sie dienen uns als große Vorbilder für das unabänderliche Eintreten für Demokratie und Freiheit sowie die Rechte der Arbeiterklas-

se – oder wie man heute sagen würde: für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Schieder.

Gerade heuer, wo SPÖ und ÖVP gemeinsam einen Kranz am Zentralfriedhof niedergelegt haben, sei dieser Akt der Versöhnung – trotz aller Unterschiede in der Beurteilung, die nach wie vor bestehen – ein sehr wichtiger. ■



rotbewegt.at: Der Republikanische Schutzbund

Der Republikanische Schutzbund war der Wehrverband der Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit. Seine Aufgabe bestand in der Verteidigung der parlamentarischen Republik und der ArbeiterInnenenschaft gegen monarchistische, konservative und faschistische Kräfte.

Die Anfänge des Republikanischen Schutzbundes gehen auf die ab dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Republik 1918 gegründeten, sozialdemokratischen Arbeiterwehren und Ordnergruppen zurück. Deren Aufgabe bestand einerseits in der Verteidigung der Republik gegen eine Restauration der Habsburgermönarchie und dem Schutz von Industrieregionen und Fabriken vor Übergriffen und Plünderungen, andererseits in Ordnerdiensten auf Veranstaltungen der Sozialde-

mokratischen Partei. Bereits 1922 kam es zu ersten Todesopfern gewaltsamer Übergriffe von rechtsgerichteten Wehrverbänden auf Einrichtungen der ArbeiterInnenbewegung. Dennoch verweigerte die Parteiführung die Herausgabe der Waffen und versuchte erfolglos die konservativen Kräfte zu einer beiderseitigen Abrüstung zu bewegen.

Im Jahr 1923 wurden schließlich die sozialdemokratischen Wehrverbände unter der Führung von Julius Deutsch zum Repub-

likanischen Schutzbund vereint. Um die demokratische Kontrolle über die Organisation zu gewährleisten, mussten alle Funktionäre Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein und die Führungsgremien mindestens alle zwei Jahre neu gewählt werden. Ebenso bestand eine enge Bindung an die ArbeiterInnenräte. Finanzielle und organisatorische Unterstützung erhielt der Schutzbund neben der Partei auch von den Freien Gewerkschaften, die etwa die Möglichkeit eines Generalstreiks als politisches Druckmittel zusicherten.

Es waren in der Anfangszeit vor allem Industriearbeiter und Arbeitslose, die bereits im Ersten Weltkrieg gedient hatten und

die keinerlei Bezahlung für ihre Dienste bekamen. Die Söldnertruppen der Heimwehr finanzierten sich vor allem durch Unterstützungszahlungen von Unternehmerverbänden, Bankiers, Großgrundbesitzern sowie dem faschistischen Ausland, insbesondere aus Italien, dessen faschistisches Regime auch im großen Stil Waffen an den Wehrverband lieferte. Nach der Ausschaltung des Parlamentarismus 1933 durch die Regierung Dollfuß wurden die Heimwehren zusätzlich von staatlicher Seite mit Waffenlieferungen versorgt.

Die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes am 31. März 1933 durch die Regierung Dollfuß kam für dessen Führung kei-

Emmerich Tálos zu Gast in Salzburg

Die FreiheitskämpferInnen Salzburg luden gemeinsam mit der SPÖ Hallein Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos zum Vortrag über das „austrofaschistische Herrschaftssystem“ nach Salzburg ein.

Der Politologe verwies dabei auf die besondere Rolle der Heimwehr, die ihr bei der Ausschaltung der Demokratie zukam. „Die Sozialdemokratie Glied für Glied zum Krüppel schlagen“, lautete eine der Parolen.

Emmerich Tálos kam insgesamt zum Schluss, dass der Austrofaschismus insbesondere Ähnlichkeit mit dem italienischen Faschismus aufwies. Zudem kann eine angemessene Interpretation des „Anschlusses“ nur vor dem Hintergrund des Austrofaschismus erfolgen, wie der Politologe mehrfach betonte.

Die Bürgerkriegsereignisse des Februar 1934 reichen bis heute in das Parteienverhältnis von

SPÖ und ÖVP. In Hallein wollte SP-Vizebürgermeister Walter Reschreiter rund um den 12. Februar eine Sonder- und Gedenksitzung in der Gemeindevertretung abhalten, sie scheiterte am Widerstand von ÖVP-Bürgermeister Gerhard Anzengruber.

Die SPÖ und die FreiheitskämpferInnen haben den bekannten Austrofaschismusforscher Emmerich Tálos trotzdem eingeladen.

Was sind die historischen Hintergründe, die bis heute für solchen Konfliktstoff sorgen? Im Jahr 1934 schaltete die Regierung Dollfuß die österreichische Arbeiterbewegung aus und errichtete einen autoritären „Ständestaat“. Am 11. Februar

hatte der Heimwehrführer und Sicherheitsminister Major Fey verkündet: „Morgen werden wir an die Arbeit gehen.“ Am Vormittag des 12. Februar fielen die ersten Schüsse in Linz. In Salzburg wurden bekannte sozialdemokratische Funktionäre binnen Stunden verhaftet. Jeglicher bewaffnete Widerstand wurde im Keim erstickt, weil die Exekutive und die Heimwehren wie in Saalfelden, Bischofshofen oder Zell am See alle wichtigen Punkte der Orte besetzten, die Parteilokale der Sozialisten aufbrachen und demolierten.

In der Stadt Salzburg setzten Eisenbahner einen Sabotageakt. Am Abend des 12. Februar fuhr eine Lokomotive in die Drehscheibengrube der Remise und blockierten damit das Heizhaus. Zahlreiche Züge aus Salzburg konnten dadurch nicht mehr abgefertigt werden.



Emmerich Tálos setzt sich auch in seinem aktuellen Buch „Das austrofaschistische Herrschaftssystem“ mit diesem dunklen Kapitel der Geschichte auseinander

Ein sozialdemokratischer Eisenbahner saß ein dreiviertel Jahr in Untersuchungshaft, musste schließlich aber freigelassen werden, weil ihm die Schuld an dem Sabotageakt nicht nachgewiesen werden konnte. Das Polizeigefängnis in Salzburg war damals überfüllt mit sozialdemokratischen Häftlingen.



Wikimedia Commons/Bundesarchiv

Aufmarsch des
Republikanischen
Schutzbundes

neswegs überraschend, weswegen bereits Gegenmaßnahmen ergriffen wurden. Diese umfassten sowohl die Vernichtung von Mitgliederlisten und anderem „belastendem“ Material sowie die Übertragung des Vermögens an die Sozialdemokratische Partei. Ab diesem Zeitpunkt erfolgte eine Umorganisation, zurück zu Ordnerschaften. Bis zum 12. Februar 1934 griff der Schutzbund, trotz jahrelanger, zunehmender

Aggressionen und Übergriffe durch Heimwehr, Polizei und Bundesheer, kein einziges Mal zu den Waffen, wofür die Parteiführung und insbesondere Otto Bauer zum Teil heftig kritisiert wurden. Seit Anfang Februar 1934 wurden unter der Leitung von Heimwehrführer und Bundesminister für Sicherheit Emil Fey die sozialdemokratischen Parteihäuser systematisch nach Waffen durchsucht und Schutzbundführer

verhaftet. Am 11. Februar verkündete Fey bei einer Veranstaltung der Heimwehr: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten.“ Am Tag darauf löste die Durchsuchung des sozialdemokratischen Linzer Parteihäuser Hotel Schiff die Februarkämpfe aus. Nach dem Ende der Kampfhandlungen wurden die Sozialdemokratie und alle ihre Organisationen verboten, neun Schutzbündler

standrechtlich verurteilt und hingerichtet, unzählige Mitglieder des Schutzbundes und der Sozialdemokratischen Partei verhaftet und die Heimwehr in den staatlichen Sicherheitsapparat eingegliedert. Somit waren die letzten Hürden auf dem Weg in die faschistische Diktatur beseitigt.

Der Artikel wurde uns freundlicherweise von der Historienseite der SPÖ rotbewegt.at zur Verfügung gestellt. ■

Weiterführende Literatur:

- Josef Hindels, Der Weg zum 12. Februar 1934 (Wien 1984)
- Karl Schörg, Die Wehrverbände Österreichs in der Ersten Republik (Wien 1989)
- Otto Bauer, Der Aufstand der österreichischen Arbeiter: seine Ursachen und seine Wirkungen (Wien 1974)

„Antifaschismus ist Seele unserer Partei“

Die Wiener SPÖ Bildung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen und die Sozialistische Jugend Wien haben zu einer großen Gedenkveranstaltung für die Opfer der Februarkämpfe vor 80 Jahren ins Wiener Rathaus geladen.

In der gefüllten Volkshalle sprach SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Werner Faymann über die Wichtigkeit einer klaren und offenen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Veranstaltungen wie diese seien nicht nur „ein Blick in den Rückspiegel“, sondern vor allem auch einer nach vorne. „Niemand vergessen! Das haben wir klar in unseren Werten festgeschrieben. Wenn wir so oft sagen, wir haben aus der Geschichte zu lernen, dann ist die antifaschistische Haltung die Seele unserer Partei und die darf nicht verraten und verkauft werden. Wir haben eine große Aufgabe in unserer Generation. Wir können entweder

zusehen, wie sich soziale Werte verschlechtern, oder uns an die Arbeit machen und dafür sorgen, dass dieses Europa ein Zusammenschluss von Menschen wird, die sich für ein soziales Europa einsetzen“, betonte Faymann.

Der Wiener Bürgermeister machte in seiner Rede klar, dass das Gedenken an den 12. Februar 1934 „Bestandteil jener Erinnerungskultur ist, der wir uns seit geraumer Zeit befleißigen. Die Sozialdemokratie hat sich immer wieder um die Deutungshoheit bemüht und ist Geschichtslügen entgegengetreten.“ Es gehöre zu den natürlichen Aufgaben der Sozialdemokratie, zur Aufarbei-

tung der historischen Wahrheit beizutragen. Deswegen hätten jene Kräfte, die anlässlich des Jubiläums der Revolution von 1848 durch die Straßen Wiens marschieren wollen, auch kein Recht, dies im Namen der Freiheit zu tun: „Damals haben sie die Arbeiter verraten. Heute stehen ihre Vertreter nicht für Demokratie und Freiheit, sondern für den Abbau von Demokratie

und Freiheit!“, stellte Häupl klar.

Aus der Zeitgeschichte sei unübersehbar, dass Armut und Not zu Krieg führen. Derzeit sei in Europa ein Wiederaufleben des Nationalismus zu beobachten. Eine ähnliche Gefahr gehe von den antisozialen Konzepten des Neoliberalismus aus, die zahlreiche europäische Länder in die Armut gestürzt hätten. ■



SPÖ/Lehmann

Unser Bundesvorsitzender Johannes Schwanthner diskutierte unter der Leitung von Marcus Schober gemeinsam mit Stadtrat Michael Ludwig und SJ-Wien-Chefin Marina Hanke über die Bedeutung der Februar-Ereignisse



Schon von Theodor Rakwetz gehört?

Wenn wir unserer unsterblichen Opfer des 12. Februar gedenken, fallen uns sofort die Namen unserer oberösterreichischen Opfer Josef Ahrer und Anton Bulgari ein. Weiters die der Genossen anderer Bundesländer, und zwar Johann Hois, Karl Münichreiter, Viktor Rauchenberger, Josef Stanek, Emil Svoboda, Koloman Wallisch und Georg Weissel. Weiters fällt uns noch Richard Bernaschek ein, dessen 12.-Februar-Weg in der Mauthausen-Straße endete, wo er von den Nazis grausam ermordet wurde.

Waren das all unsere Opfer? Mitnichten.

Von den Austrofaschisten erschossen wurden alleine in Linz 13 Genossen, und zwar Karl Chobot, Anton Feichtinger, Karl Gerbel, Franz Hölzl, Franz Köttisdorfer, Otto Krauputz, Rudolf Kunz, Franz Mayer, Franz Putz, Franz Wannemacher, Johann Weiss, Rudolf Wimberger und Hans Winter. Ein paar von ihnen ließ man verbluten.

Oder haben wir schon was von

Theodor Rakwetz gehört?

Vor kurzem bekam ich von der Widerstandskämpferin und KZ-Überlebenden Käthe Sasso ein mehrseitiges Schreiben ihres verstorbenen Mannes Josef Sasso über den Linzer Schutzbündler Theodor Rakwetz, dessen Weg vom „Hotel Schiff“ über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion führte und dann wie Richard Bernascheks Leben auch in Mauthausen endete.

Josef Sasso schrieb über Theodor Rakwetz:

„Meine Bekanntschaft mit Rakwetz Theodor sen. war die Zelle 6 am Morzinplatz nach meiner Verhaftung am 4.4.44, 4 Uhr. ... Nur sehr langsam und allmählich gewannen wir gegenseitig das Vertrauen und allmählich wurde derselbe ‚Rainer‘ alias Rakwetz Theodor mein Lehrmeister, der aus mir von einem fanatischen, einen überzeugten Politiker machte. ... Und so erfuhr ich auch vom Leben dieses so hervorragenden Arbeiterführers. ...“

Theodor Rakwetz, geboren am 14. September 1901 in Gaming,

war Druckereiarbeiter und gehörte zu den Schutzbündlern um Richard Bernaschek im „Hotel Schiff“, er flüchtete nach den verlorenen Februarkämpfen 1934 in die Tschechoslowakei und emigrierte dann von dort mit seinem Sohn in die Sowjetunion. Gemeinsam mit seinem Sohn Theodor Rakwetz junior (geboren am 25. Jänner 1925) wurde er als Fallschirmspringer ausgebildet und 1943 in der Nähe von Berlin abgesetzt. Beide wurden unmittelbar nach der Landung festgenommen. Theodor Rakwetz senior wurde am 15. Oktober 1944 in Mauthausen ermordet. Sein Sohn einen Tag vorher.

In einem einzigen Buch fand ich was über Theodor Rakwetz senior und junior, und zwar in Karl Stadlers „Opfer verlorener Zeiten“ auf Seite 225: „Franz und Theodor Rakwetz, Vater und Sohn, waren Spanienkämpfer und wurden im Krieg mit dem Fallschirm irgendwo in Österreich abgesetzt; beide haben in Mauthausen ihr Leben verloren.“

Ich konnte bei einer „Herold“-

Recherche die Vornamen beider Rakwetz vom Neffen erfahren: Vater und Sohn hießen, wie schon Josef Sasso richtig schrieb, Theodor.

Auch über die oben genannten dreizehn erschossenen Schutzbündler wissen wir bis auf Johann Weiss, den die Austrofaschisten verbluten ließen, sehr wenig. Eine Gedenktafel für ihn und Franz Hölzl ist im Eingangsbereich der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse platziert.

Peter Weidner ■



Theodor Rakwetz, Linzer Schutzbündler

12. Februar 1934: Kranzniederlegung in Salzburg

Rund 60 Personen beteiligten sich an der Kranzniederlegung im Gedenken an die Februarkämpfe 1934 auf dem Salzburger Hauptbahnhof. Unter

anderem konnten dabei Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström, Bundesminister a. D. Herbert Moritz, Abg. z. NR a. D. Johann Maier und Maria

Goldmann begrüßt werden.

SPÖ-Landesparteivorsitzender Walter Steidl hielt am Beginn fest: „Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist unweigerlich mit dem 12. Februar 1934 verbunden. SozialdemokratInnen sind gegen den Faschismus aufgestanden und sind nicht zurückgewichen. Daran zu erinnern und zu mahnen ist eine vordringliche Aufgabe unserer Zeit.“

Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr Peter Schattauer, ehemaliger Gemeinderat in der Stadt Salzburg und langjähriges Vorstandsmitglied der Salzburger Freiheits-

kämpferInnen. In seiner emotionalen Ansprache wies er auch auf ein Versprechen hin, das es am 12. Februar einzulösen galt:

„Walter Androschin, der leider viel zu früh verstorbene ehemalige Vorsitzende der vida Salzburg, hat die Gedenktafel am Salzburger Hauptbahnhof anbringen lassen, um das Gedenken an die Opfer des Widerstandes einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Er wollte sie am heutigen Tag enthüllen. Diese Feier gilt auch seinem Andenken!“

Im weiteren Verlauf seiner Rede betonte Peter Schattauer, dass es



V.l.n.r.: Matthias Aigner (gf. Landesvorsitzender der vida Salzburg), GR a. D. Peter Schattauer, II. Landtagspräsidentin Gudrun Mosler-Törnström, Maria Goldmann, LPV Walter Steidl, BM a. D. Herbert Moritz



Ewald Sacher, Oliver Rathkolb, Karin Renner, Matthias Stadler und Harald Ludwig bei der Buchpräsentation

Eine Spurensuche in Niederösterreich

Nach 80 Jahren einer neuen Generation die dramatische Vorgeschichte zu den Februarkämpfen 1934 und die augenscheinlichen Parallelen zu unserer Zeit bekannt zu machen, das ist das erklärte Ziel der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und aktiver AntifaschistInnen Niederösterreichs. Aus diesem Anlass haben die niederösterreichischen GenossInnen eine neue Broschüre gestaltet.

Federführend vom Historiker der Landeshauptstadt St. Pölten Mag. Thomas Lösch gestaltet, zeigt das neue Werk

exemplarische Beispiele über die Kämpfe im Zentralraum, entlang der Südbahnstrecke oder auch im Wald- und Weinviertel. In den

Einführungskapiteln erarbeiteten der Landesvorsitzende der Sozialistischen Jugend Niederösterreichs, Genosse Boris Ginner, und SJ-Schwechat-Vorsitzender Michael Gogola die Vorbedingungen für den Aufstieg der faschistischen Kräfte in der Ersten Republik. Den engagierten Jugendvertretern gilt ein besonderer Dank.

Bemerkenswert ist aber auch für belesene Kenner der niederösterreichischen Geschichte des Widerstandes der ArbeiterInnen-schaft gegen den Faschismus der neu gestaltete Beitrag zum Leben von Maria Emhart von Prof. Dr. Siegfried Nasko, in der er neue, sehr bewegende und persönliche Aspekte dieser mutigen Genossin ans Tageslicht gebracht hat.

Allen Mitgestaltern gilt der besondere Dank, im 80. Jahr nach der blutigen Niederschlagung der Sozialdemokratie nicht nur die Erinnerung wachzuhalten, sondern beigetragen zu haben, dass das Wissen um die Kraft der Solidarität und der Gegnerschaft zur brutalen Ausbeutung durch den ungezügelter Kapitalismus niedergeschrieben ist und nicht verloren geht. „Heute aktiv gegen die Hetze der neuen Rechten aufzutreten, ist unsere wichtigste

Aufgabe“, wie Anton Heinzl regelmäßig betont.

Bei einer großen Buchpräsentation im Haus der SPÖ NÖ in St. Pölten am 10. Februar lud Landespartei-vorsitzender Mag. Matthias Stadler den renommierten Universitätsprofessor DDr. Oliver Rathkolb ein, die aktuellen wissenschaftlichen Forschungserkenntnisse zur gezielten Ausschaltung der Demokratie durch den christlichsozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß und seine Helfershelfer bei den Heimwehren darzustellen.

Die SozialdemokratInnen wollen nicht vergessen, was geschehen ist, aber die Ereignisse im historischen Kontext akzeptieren, erklärt Stadler: „Die Voraussetzung dafür ist, dass sich auch der einstige Bürgerkriegsgegner, nämlich die ÖVP als historischer Nachfolger, besinnt – und anerkennt, dass Dollfuß kein heldenhafter Widerstandskämpfer, sondern ein Faschist gewesen ist; dass er von einem gemeinsamen Feind umgebracht wurde, spricht ihn nicht frei“, so Stadler. Gefördert wurde das Buchprojekt dankenswerterweise vom Kulturforum Niederösterreich und seinem Präsidenten, NR a. D. Ewald Sacher.



SPÖ-Landespartei-vorsitzender Walter Steidl: stilles Gedenken

80 Jahre nach den Februarkämpfen dringend erforderlich ist, eine Geschichtsauffassung zu erarbeiten, die den tragischen Ereignissen gerecht wird und künftigen Generationen eine Orientierungshilfe bietet, damit junge Menschen die Geschichte begreifen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen können.

80 Jahre 12. Februar 1934 – Eine Spurensuche in Nieder- österreich

Die Broschüre im Umfang von 76 Seiten ist zum Druckkostenbeitrag von 5 Euro zu bestellen bei:

Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen und aktive AntifaschistInnen NÖ
Prandauerstraße 4
3100 St. Pölten
Tel.: 02742/35 21 34
E-Mail: c.beyerknecht@dreil.at



Wachsam bleiben

Am Vorabend des 12. Februar 2014 organisierte die SPÖ Niederösterreich gemeinsam mit den FreiheitskämpferInnen und aktiven AntifaschistInnen Niederösterreichs eine große Gedenkveranstaltung beim Mahnmal Wöllersdorf nahe Wiener Neustadt.

Das Mahnmal, welches nahe dem ehemaligen, sogenannten Anhaltelager Wöllersdorf 1974 errichtet wurde, ist ein bleibender Erinnerungsort für die zahlreichen Opfer, die die austrofaschistische Diktatur unter den Kanzlern Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg zu verantworten hat. Auch wenn die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme 1938 dieses erste Unterdrückungswerk der österreichischen Diktatur schleifen ließen, nur um noch grausamere Konzentrationslager zu errichten, so wird die Sozialdemokratie niemals vergessen, dass so großartige Reformer wie Otto Glöckel ihre Gefangenschaft in Wöllersdorf mit dem Leben bezahlen mussten.

Der Wiener Neustädter Bezirksvorsitzende, Abg. zum Nationalrat Dr. Peter Wittmann, befasste sich

in seiner Ansprache als Vorsitzender des parlamentarischen Verfassungsausschusses besonders mit dem Wert des Parlamentarismus und der Kultur der Konfliktaustragung in dieser unschätzbaren Institution der Demokratie. „Es gibt in Wirklichkeit keine bessere, demokratischere und erfolgreichere Basis für die friedliche Austragung von Interessengegensätzen als unser Parlament.“

Vor den neuen Gefahren durch rechtsextreme Gruppen warnte auch SPÖ-NÖ-Landespartei-Vorsitzender Mag. Matthias Stadler in Wöllersdorf: „Gerade im heutigen Jahr 2014, im Hinblick auf die nationalistischen Konflikte, die zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren geführt haben, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, und 75 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der Europa



Ein starkes Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Austrofaschismus: niederösterreichische GenossInnen bei der Gedenkkundgebung vor dem Mahnmal in Wöllersdorf

schlussendlich geteilt und den Holocaust über Europa gebracht hat, müssen wir gegen die neuen Rechtsextremen in Europa wachsam sein.“

Der Bezirksvorsitzende der FreiheitskämpferInnen, NR a. D. Prof. Johann Stippel, konnte unter den hunderten anwesenden TeilnehmerInnen auch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Gerald Netzl, den 3. Landtagspräsidenten Niederösterreichs Franz Gartner, SPÖ-Sicherheitssprecher NR Otto Pendl, SPÖ-NÖ-Klubobmann Alfredo Rosenmaier, NR Johann Hell, die Vorsitzenden der

SJ NÖ Boris Ginner und der Jungen Generation NÖ Alfred Scheiblaue sowie Harald Ludwig von der Landesorganisation der FreiheitskämpferInnen begrüßen.

Stimmungsvoll gestalteten der Arbeitersängerbund unter der Leitung von Bundesvorsitzendem Ing. Ewald Rammel sowie die Eisenbahnermusikkapelle die Gedenkveranstaltung. Im Fackelschein der Jugendorganisationen verband die Internationale die heutigen SozialdemokratInnen mit ihren VorkämpferInnen in härteren Zeiten als den unsrigen. ■

Gedenkfeier zum 80. Todestag von Koloman Wallisch

An die Ereignisse des Februar 1934 wird alljährlich auch in Krems-Lerchenfeld erinnert, insbesondere heute, wo sich dieser traurige Anlass zum 80. Male jährt.

In einer würdigen Feier gedachten der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en sowie die SPÖ-Bezirksorganisation Krems des 1934 vom austrofaschistischen System hingerichteten Arbeiterfunktionärs und Nationalrates Koloman Wallisch. Ihm wurde vor zehn Jahren in der nach ihm benannten Koloman-Wallisch-Straße in Lerchenfeld ein Gedenkstein gesetzt, bei dem

ein Kranz niedergelegt wurde.

Nationalrat Prof. Ewald Sacher, der Kremser Bürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch, sein Vizebür-

germeister Gottfried Haselmayer sowie zahlreiche Kremser Stadt- und Gemeinderäte lauschten der Gedenkrede an Koloman Wallisch, die von der Bezirks-

vorsitzenden der Sozialistischen Jugend Tanja Reiter gehalten wurde.

An der Gedenkfeier nahmen auch zahlreiche weitere Mandatäre/Mandatarinnen und Funktionäre/Funktionärinnen aus dem Bezirk und der Stadt Krems teil. Der Vorsitzende der Bezirksgruppe Krems des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en, Mag. Klaus Bergmaier, freute sich über den guten und prominenten Besuch der Veranstaltung, der auch der Gföhler Vizebürgermeister Günter Steindl sowie der Bezirksgeschäftsführer der SPÖ, GR Werner Stöberl, beiwohnten. ■



V. l. n. r.: StR Eva Hollerer, Vbgm. Gottfried Haselmayer, GR Thomas Jascha, Vbgm. Günter Steindl (Gföhl), GR Mag. Klaus Bergmaier, Tanja Reiter (SJ), Bgm. Prim. Dr. Reinhard Resch, Abg. z. NR a. D. Prof. Ewald Sacher, GGR Johann Wiesinger (Furth), StR DI Dr. Wolfgang Chaloupek, Nikolaus Lackner (KPÖ), Mag. Birgit Krieger-Gubi (KPÖ)

Die Lehren des Februar 1934: Kein Zurückweichen und solidarisches Kämpfen!

Wie der sprichwörtliche rote Faden zogen sich diese Lehren durch alle Veranstaltungen zum Gedenken an den 12. Februar 1934 in Tirol. Die FreiheitskämpferInnen Tirol haben mit Unterstützung des Renner-Instituts, der sozialdemokratischen Jugendorganisationen, der SPÖ Wörgl und der Landespartei an drei Orten – Innsbruck, Wörgl und Schönwies bei Landeck – insgesamt sechs Gedenkveranstaltungen durchgeführt.

Den Anfang machte Wörgl am 12. Februar mit einem Gedenken an die Opfer des Austrofaschismus vor dem antifaschistischen Gedenkstein auf dem Bahnhofplatz. Robert Prosch, Vorsitzender der SPÖ Wörgl, erinnerte an den bewaffneten Widerstand des Schutzbundes in Wörgl und Kirchbichl mit den Verletzten und vor allem den 70 Verhafteten. Er erinnerte auch an das antifaschistische Ehepaar Josefine und Alois Brunner, das die Austrofaschisten und anschließend die Nazis aus dem Untergrund bekämpfte und schließlich 1943 hingerichtet wurde. Eine Kranzniederlegung und die Internationale beschlossen das Gedenken.

Im Anschluss fand in der Wörgler Galerie am Polylog die Eröffnung einer Ausstellung zum Februar 1934 statt. Mit Schautafeln wurde der Weg zum Februar 1934 aufgezeigt, auch der austrofaschistische Staat bis 1938 sowie der Anschluss an Nazideutschland waren dargestellt. Die Eröffnungsansprache hielt die sozialdemokratische Bürgermeisterin von Wörgl, Hedi Wechner. Sie erklärte, dass die Sozialdemokratie damals für die Freiheit und Demo-

kratie einstand, die faschistische Heimwehr und ihre Verbündeten aber von Anfang an die Diktatur wollten und daher brutal den demokratischen Staat und die Sozialdemokratie beseitigten. Die Historikerin Dr. Gisela Hormayr sprach über die sozialdemokratischen Widerstandsgruppen und deren Entwicklung aus den Februarkämpfen bis zum Dritten Reich.

Am Donnerstag, 13. Februar, wurde in der Galerie eine wei-

tere Gedenkveranstaltung abgehalten. Nach Begrüßungsworten durch Hedi Wechner, Bürgermeisterin von Wörgl, sprachen SPÖ-Landesvorsitzender LABg. Gerhard Reheis und VStÖ-Vorsitzende Christina Kaiser. Reheis erinnerte daran, dass die Sozialdemokratie damals die einzige demokratische Kraft im Lande war und es auch heute noch manchmal ist. Er forderte Respekt für die KämpferInnen des Schutzbundes und würde sich auch heute in den eigenen Reihen ein bisschen mehr Kampfgeist wünschen. Kaiser zeigte auf, wie tief der Faschismus heute in der Gesellschaft eingedrungen ist, und forderte einen aktiven Kampf aller gegen diese Entwicklung.

Der Historiker Dr. Horst Schreiber beschäftigte sich in seinem anschließenden Vortrag mit der Tiroler Gesellschaft der Zwischenkriegszeit und zeigte wiederholt auf, wie zielgerichtet und rücksichtslos der Austrofaschismus etabliert wurde. Die Moderation der Veranstaltung besorgte Bastian Wiedl, SPÖ Wörgl, der sich auch bei der Organisation der Wörgler Veranstaltungen stark einbrachte.

Innsbruck

In Innsbruck begann das Gedenken am Mittwoch, 12. Februar, mit einem politischen Film „Die Kameraden des Koloman Wallisch“ im Cinematograph. Bei dieser Veranstaltung sprach der Historiker Mag. Rainer Hoffmann zu den Februarereignissen, der Rote Singkreis sang Widerstandslieder und SJ-Vorsitzender Luca Tschiederer forderte unter anderem auf europäischer Ebene Gegenkonzepte zur vorherrschenden neoliberalen Hegemonie.

Die zweite Veranstaltung in Innsbruck hatte am Mittwoch, 19. Februar, den Austrofaschismus in Österreich 1933–1938 zum Inhalt. Der Politologe Dr. Emmerich Tälös arbeitete in seinem Vortrag dieses Thema gründlich durch. Er wies insbesondere darauf hin, dass der Austrofaschismus die anderen Parteien zwar verbot, die Sozialdemokratie aber aus Hass Glied für Glied zerschlug. Diese Veranstaltung moderierte Helmut Muigg von den FreiheitskämpferInnen.

Schönwies

Die letzte Veranstaltung zum Februar 1934 fand am Donnerstag, 20. Februar, in Schönwies bei Landeck statt. Nach einer Begrüßung durch Bezirksvorsitzenden BR Hans-Peter Bock und einem Referat vom Historiker Mag. Rainer Hoffmann erfolgte eine Aufführung des Filmes „Die Kameraden des Koloman Wallisch“. Anschließend sprach der JG-Bezirksvorsitzende Benedikt Lentsch und hielt fest, dass wir in Österreich in einer gefestigten Demokratie leben. Diese muss aber täglich verteidigt werden. Wie bitter nötig das ist, beweist seiner Meinung nach das Beispiel Ungarn. ■



Die Tiroler Jugendorganisationen verstanden es, mit Aktionismus auf die Bedeutung des Februar 1934 aufmerksam zu machen





Der Hainfelder Parteitag

Wer Gedenktage ernst nimmt und der Meinung ist, sie wären dazu da, innezuhalten, zurückzuschauen, um in der Vergangenheit Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen zu können, die/der solle dies auch zum 125. Jubiläum des Hainfelder Einigungsparteitages tun. Michael Rosecker und das Renner-Institut stellten dem „Kämpfer“ einen Artikel über die Bedeutung dieses Ereignisses zur Verfügung.

Obwohl dieser Blick zurück zunächst als ein Schauen in eine versunkene Welt erscheinen mag, lohnt er doch, da er einige Einblicke in die Entstehung sozialer politischer Bewegungen im Allgemeinen und der österreichischen Sozialdemokratie im Speziellen zulässt, die zumindest motivierende Inspirationen für die Gegenwart und eine herausfordernde Zukunft sein können. Zunächst müssen „kakanische“ Gegebenheiten der Habsburgermonarchie in ihrer ökonomischen Entwicklung und gesellschaftlichen Verfasstheit berücksichtigt werden, um den Ablauf des Einigungsparteitages und dessen Programm einordnen zu können. Für die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung in Österreich waren zwei Eigenschaften der Industrialisierung des Landes entscheidend: Sie erfolgte verzögert und insulär. Der Industrialisierungsprozess verlief zwar graduell, aber da ein „great spurt“ ausblieb, konnten gewisse Rückständigkeit bis zum Ersten Weltkrieg nicht aufgeholt werden¹. Auch regionale wirtschaftliche und soziale Ungleichgewichte blieben bis 1914 bestehen. So setzte die Entwicklung der ArbeiterInnenbewegung, alleine im Vergleich zu den deutschen Ländern, ebenso verspätet wie insulär ein. Dort wo jedoch Industrialisierung stattfand, entwickelten sich schnell erste Schritte hin zu einer organisierten ArbeiterInnenbewegung.

Diese „sozioökonomische“ regionale Zersplitterung der ArbeiterInnenbewegung fand ihre Entsprechung und Förderung in einer rechtlich bedingten Zer-

splitterung. Die legalen organisatorischen Ursprünge lagen im liberalen Vereinsgesetz 1867. Dieses erleichterte zwar Vereinsgründungen, aber alle Formen überregionaler Kommunikation, Kooperation und Organisation waren für deklarierte „politische Vereine“ verboten. Ihnen war „untersagt, Zweigvereine (Filialen) zu gründen, Verbände unter sich zu bilden, oder sonst mit anderen Vereinen, sei es durch schriftlichen Verkehr, sei es durch Abgeordnete, in Verbindung zu treten“². Es ist gerade für Österreich interessant, dass die cisleithanische Verfassung weder Regeln über die Tätigkeit noch Hinweise auf die Existenz politischer Parteien enthielt, auch gab es kein definiertes Verbot³. Diese organisatorische Zersplitterung förderte ideologische Flügelskämpfe, lokale Selbstbezüglichkeiten der Arbeitervereine und persönliche Konflikte bzw. Befindlichkeiten „großer Männer“ in unzähligen für sie „zu kleinen“ lokalen Vereinen⁴.

Die ab dem Börsenkrach 1873 einsetzende Wirtschaftskrise

und die stetig wachsende behördliche Verfolgung führten dazu, dass der erste Parteigründungsversuch in Neudorf 1874 letztendlich scheiterte und die Arbeitervereinsnetzwerke schrittweise zerfielen bzw. behördlich verfolgt und verboten wurden. Die oft nicht einmal regional entschiedenen ideologischen Flügelskämpfe wuchsen sich zu einem überregionalen verheerenden Richtungsstreit zwischen den so genannten Gemäßigten und Radikalen aus und führten zu einer weiteren Verzögerung der Etablierung einer parteilich organisierten überregionalen ArbeiterInnenbewegung. Der Vergleich zu Deutschland, wo bereits seit 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und seit 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bestanden, macht dies deutlich.

In dieser Situation ist es wenig verwunderlich, dass jener Person, der die Einigung der verschiedenen lokalen Arbeitervereine über persönliche Befindlichkeiten und ideologische und nationale Grenzen hinweg gelang, und dem Ort, wo dies erfolgte, beinahe religiös überhöhte Verehrung zuteil wurde: Zum einen dem großen Victor Adler, der von Peter Altenberg sogar als „vom Bleigewichte seines Ichs“ befreite „tönend gewordene Menschheitsseele“ bezeichnet wurde. Zum anderen dem Ort

Hainfeld, den Karl Renner noch 1945 pathetisch das „Bethlehem des österreichischen Sozialismus“ nannte.

Der Mythos Victor Adler begründet sich zunächst im selbst-aufopfernden Bemühen des „zärtlicher Besorgten“ um die Linderung des Elends der ArbeiterInnenenschaft und im nicht minder aufreibenden Wirken um die Schaffung einer „demokratischen Massenpartei neuen Stils“⁵. Ebenso seine schillernde Persönlichkeit begründete den Mythos: Er war ein jüdisch-assimilierter Bürgerlicher, deutschnationaler Demokrat, freisinniger Intellektueller, großer Schopenhauer-, Nietzsche- und Wagnerverehrer, theorieskeptischer Praktiker, aufopfernder Armenarzt, Aufklärer und Rationalist, Journalist und Zeitungsgründer und ein zur (Selbst-)Ironie begabter Rhetoriker.

Dem Ort Hainfeld gereichten seine Abgeschiedenheit und die bekannte Liberalität des Bezirkshauptmannes von Lilienfeld, Leopold Graf von Auersperg, zum Mythos. Nicht zu unterschätzen ist auch die Entscheidung des Hainfelder Gastwirts Zehetner, den Parteitag doch in seinem Gasthaus stattfinden zu lassen, da er den Drohungen seiner vielen proletarischen Stammgäste, ihn nie mehr aufzusuchen, mehr Glauben schenkte als den Strafdrohungen der niederösterreichischen Behörden.⁶

Als Vorbereitung der Einigung gründete Adler eine eigene Zeitung, die „Gleichheit“, und stellte sich einer aufreibenden und nicht ungefährlichen Reise durch die Monarchie, um das Mandat für die Einberufung zum Parteitag zu erhalten. Am Parteitag selbst galt es vor allem personell und programmatisch die Einigung zu erreichen. Zunächst wurde in Hainfeld das sozialdemokratische Urtrauma der Par-



Victor Adler im Kreise von AnhängerInnen

und sein Programm

teispaltung in ein prägendes und bewusstseinsbildendes weit in die Gegenwart reichendes Manta- ra verwandelt: „Der Parteitag [...] erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Einstehen für die Gesamtpartei.“ Ein Delegierter spitzte die Einheitssehnsucht zu: „Die Hauptsache bleibt die Einigkeit.“ Die Parteieinheit wurde zur Hauptsache und zum obersten Wert befördert. Sie konnte aus dieser Räson heraus so über die Jahrzehnte erhalten werden, aber im Laufe der Parteigeschichte wurden aus demselben Grund oft auch grundlegende Konflikte nicht ausgetragen und große Entscheidungen nicht getroffen.⁷

Auf dem Wege zur Hainfelder Prinzipien-Erklärung waren viele Kompromisse und Personalentscheidungen notwendig. Hier sei nur das Ausscheiden des langjährigen Arbeiterführers der Wiener Gemäßigten, Josef Bardorf, aus der entstehenden sozialdemokratischen Bewegung erwähnt. Er fiel dem notwendigen Kompromiss mit den Radikalen zum Opfer. Enttäuscht zog er sich zurück und denunzierte Adlers Kompromissbereitschaft als „jüdische Zweckmäßigkeitstheorie“⁸.

Das beschlossene Programm selbst diente, trotz oder wegen aller darin enthaltenen Kompromisse, in seiner politischen Konzentriertheit und mit all seiner visionären Kraft, abgesehen von kleinen Adaptionen 1901, bis zum Linzer Parteiprogramm 1926 als Leitstern der österreichischen Sozialdemokratie. Schon zu Beginn definiert es einen Begriff von Volk, oder besser ein politisches Menschenbild, das für die Zeit und Österreich wahrlich nicht selbstverständlich war: Die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmern wurden für „das gesamte Volk

ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes“ erstrebt. Es wurden auch die Vorrechte der Nationen, die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung verurteilt. Dass man selbst dem hohen Anspruch nicht immer gleich gerecht werden konnte oder wollte, demonstriert die Nichtzulassung der einzigen Frau, die zum Parteitag delegiert worden wäre, Anna Altmann aus dem böhmischen Polzentel. Der emanzipatorische Anspruch stieß sich da an patriarchaler Vorstellung, paternalistischer Praxis und strategischer Skepsis gegenüber dem weiblichen Bildungshandicap der Zeit und der katholisch-religiösen Befangenheit vieler Frauen.

Im Grundsatzprogramm zeigte sich auch Adlers Ablehnung von Gewalt als politisches Mittel und seine distanzierte Haltung gegenüber zu viel ideologischer Abstraktion und allem „Hypothetischen“. Er war eben ein Praktiker, den vor allem „die Anwendung der Theorie in corpore vivo“⁹ interessierte. Obwohl sich das Programm in seinem analytischen Grundverständnis streng marxistisch verstand, wurden aber die sich aus dem kommunistischen Manifest ergebenden Endkampfperspektiven und die damit verbundenen Vorstellungen vom gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung trotz mancher rhetorischer Zugeständnisse an die radikale Fraktion vermieden. Es wurde ein klar an Marx'schem Denken orientierter Zweck der Sozialdemokratischen Partei Österreichs definiert: „Die Befreiung der Arbeiterklasse“ als „Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung“ werde angestrebt, die durch den „Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes“ erreicht werden solle. Träger dieses Zwecks sei ein klassenbewusstes und als Partei organisiertes Proletariat.

Bei den Mitteln, dieses Ziel zu erreichen, wurde jedoch besagter Widerwillen gegenüber Gewalt und besagte Skepsis gegenüber abstrakter Theorie sichtbar. Denn im weiteren Textverlauf der Prinzipien-Erklärung wurde dann der Wille, das Proletariat „geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“, als

„eigentliches Programm“ festgeschrieben, zu dessen Durchführung die Arbeiterpartei sich „aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewusstsein des Volkes entsprechenden Mitteln“ bedienen werde. Gerade Victor Adlers Hang, Theorie immer nur in Bezug auf ihren praktischen Nutzen für die Schaffung einer

Nicht zu unterschätzen ist die Entscheidung des Hainfelder Gastwirts Zehetner, den Parteitag doch in seinem Gasthaus stattfinden zu lassen



VGA

Der Hainfelder Einigungsparteitag

Zum Jahreswechsel 1888/1889 brachte Victor Adler im niederösterreichischen Hainfeld die Einigung zwischen den verschiedenen Strömungen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zustande. Dies ist die Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. 110 Delegierte aus allen Ländern der Monarchie (außer Dalmatien) trafen vom 30. 12. 1888 bis zum 1. 1. 1889 in Hainfeld zusammen, wo die Prinzipien-Erklärung der neuen Sozialdemokratischen Partei, damals SDAP, beschlossen wurde. Die Prinzipien-Erklärung machte die politische Weltanschauung und Zielsetzung der Partei deutlich: „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmern.“ Zum ersten Parteivorsitzenden wurde Victor Adler gewählt.



„Arbeiterklasse europäischen Zuschnitts“ ernst zu nehmen¹⁰, und sein Streben nach einem „Überflüssigmachen der Revolution als praktische Perspektive“¹¹ legten den Grundstein für eine pragmatische sozialdemokratische Reformpolitik, die zunächst im solidarischen Miteinander auf Basis der Selbsthilfe versuchte, materielle Nöte zu lindern, und im Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht eine Erziehungs-, Mobilisierungs- und bürgerrechtliche Gleichstellungsmaßnahme für die ArbeiterInnenschaft sah.¹² All das wurde – vor allem im Menschenbild und Gesellschaftsverständnis Victor Adlers – verschränkt mit einer „poetischen Politik“ der Ästhetisierung des Politischen und der Aufladung der sozialdemokratischen Organisationen mit einer quasireligiösen Aura. Diese Verschränkung führte zu einer emotionalen Bindung breiter Volksschichten an die Bewegung, die ihresgleichen in Europa sucht und den sendungsbewussten Kampf um Modernisierung, Demokratisierung und Liberalisierung ins Zentrum des politischen Aktivismus stellte.¹³

Ebenso das in Hainfeld begründete Verhältnis zwischen Kollektiv und Individuum ist auch als Besonderheit österreichischer Sozialdemokratie zu bewerten. So bildeten zwar die alles umfassenden Klammern die Parteieinheit und die Schaf-



Wikimedia Commons

Der in Hainfeld gewählte erste Parteivorsitzende, Victor Adler, hatte im Vorfeld des Einigungsparteitags die Zeitung „Gleichheit“ gegründet

fung einer modernen Massenpartei durch ein diszipliniertes Proletariat, dennoch war in der Prinzipien-Erklärung auch ein individualistisch-liberaler Grundzug enthalten. Vor allem auch Victor Adler selbst brachte von Anfang an kulturliberales Denken und Hochachtung für das Individuum in die Bewegung. So meinte er in seiner Rede zur Prinzipien-Erklärung: „Das erste, angeborenste und niemals je genommene Menschenrecht ist das, ein ganz spezielles, persönliches Programm zu haben. Jeder Mensch hat das Recht, zum Parteiprogramm auch noch Anmerkungen zu machen.“ Auch hier spannte sich ein Widerspruch auf, der Disziplinierung und Einordnung in die Gemein-

schaft genauso einforderte, wie er politisches Engagement „als Akt einer neugewonnenen persönlichen Autonomie“¹⁴ anbot. Auch darin begründete sich die Fähigkeit der österreichischen Sozialdemokratie eine intensive Bindungskraft an die Bewegung und die sie leitende Ideologie zu entwickeln, die auf den/die einfache/-n ArbeiterIn genauso wirkte wie auf Intellektuelle. So wurden Menschen, die vielleicht sonst nicht zueinander gefunden hätten, für eine das Klasseninteresse weit übersteigende gemeinsame Sache nachhaltig zusammengeführt.

Die Hainfelder Prinzipien-Erklärung ist ein großer Meilenstein gesellschaftlicher Analyse, politischer Programmatik, aber auch politischer Praxis und Strategie. Kompromiss und Vision, Theorie und Pragmatismus stehen sich hier nicht als Widersprüche gegenüber, sondern erscheinen vielmehr als eine Art Synthese von tiefem Empfinden und aufgeklärtem Rationalismus, visionärem Möglichkeits- und pragmatischem Wirklichkeits-sinn und gemeinschaftlicher Disziplinierung und individuellem Freiheitsversprechen. Diese Synthesen setzten menschliche Hoffnung und Begeisterung frei, schufen tiefe Bindungen und erzeugten damit produktive Energien der Gesellschaftsveränderung, Demokratisierung und Selbstermächtigung.

Manche dieser „Synthesen“ entfalteten in den großen Krisen dieses Landes viel Problemlösungskompetenz und demokratische Schaffenskraft. Erst in den Wirren des Februars 1934 fand das österreichische sozialdemokratische Experiment, die „ökonomische, geistige und politische Befreiung der Arbeiterklasse“¹⁵ zu erreichen, wie Victor Adler es in der ersten Ausgabe der Arbeiter-Zeitung am 12. Juli 1889 umschrieb, durch die fatale Wirtschaftskrise und die Übermacht und Brutalität der Feinde der Demokratie ein vorläufiges Ende. Der humanistische Kompromiss „das Hirn zu erhellen“ und „das Herz zu erwärmen“¹⁶, als Synthese eines vermeintlichen politischen Widerspruchs, scheiterte an der hasserfüllten Kompromiss- und reaktionären Visionslosigkeit des österreichischen Faschismus. Dennoch betrat in Hainfeld endgültig eine politische Bewegung die Bühne, die tief mit der Geschichte dieses Landes verwoben ist und viel zu dessen heutiger demokratischer Stabilität, geistiger Schaffenskraft und dessen heutigem materiellen Wohlstand beigetragen hat. So lohnt es sich auch heute zum 125. Jubiläum der Ereignisse in Hainfeld einen Blick zurück zu werfen, um zu wissen, wie sehr – frei nach Victor Adler – demokratische Politik schöpferisch sein kann, wenn das „Hirn klar denkt“ und das „Herz energisch will“¹⁷.

Fußnoten:

1 Peter Eigner (1997): *Die Habsburgermonarchie im 19. Jahrhundert: Ein Musterfall verzögerter Industrialisierung?* In: *Beiträge zur historischen Sozialkunde*. Nr. 3/97. 27. Jg.

2 *Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaisertum Oesterreich*. Jahrgang 1867. Gesetz vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht. Zitiert nach: *alex.onb.ac.at*

3 Vgl.: Peter Rumpler/Peter Urbanitsch (Hg.) (2000): *Die Habsburgermonarchie 1848 bis 1918*. Band VII: *Verfassung und Parlamentarismus*. 2. Teilband: *Die regionalen Repräsentativkörperschaften*.

4 Vgl.: Michael Rosecker (2002): *Zwischen Provinz und Internationale. Die frühe Arbeitervereinswelt am Beispiel Wiener Neustadt*.

5 Wolfgang Maderthaner: *Victor Adler*. In: *Victor Adler/Friedrich Engels* (2011): *Briefwechsel*. S. IX

6 Vgl.: Franz Kreuzer (1988): *Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen. Der Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung*. S. 138

7 Norbert Leser (1968): *Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis*.

8 Hans Mommsen (2011): *Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze*. S. 185

9 Aussage in einem Brief an Friedrich Engels. Zitiert nach: Mommsen: *Arbeiterbewegung*. S. 192

10 Maderthaner: *Victor Adler*. S. XIII

11 Nach: Leser: *Zwischen Reformismus und Bolschewismus*. S. 211

12 Vgl.: Rudolf G. Ardelt (1994): *Vom Kampf um Bürgerrechte zum Burgfrieden. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie*.

13 Stefano Bartolini (2000): *The political Mobilization of the European Left, 1860 bis 1980*, S. 81 und Wolfgang Maderthaner (1994): *Victor Adler und die Politik der Symbole*. In: Norbert Leser/Manfred Wagner: *Österreichs Symbole*. S. 163

14 Alfred Pfabigan (2000): *Die Enttäuschung der Moderne*. S. 124

15 Peter Pelinka/Manfred Scheuch (1989): *100 Jahre AZ*. S. 15

16 Ebenda.

17 Ebenda.



Rosi Hirschegger: eine konsequente Antifaschistin und unermüdliche Streiterin für die Rechte von Kindern

Eine liebevolle Unbequeme wird 95

Am 27. Jänner feiert Dr. Rosi Hirschegger – vielen ehemaligen Kindergartenkindern als liebevolle „Tante Rosi“ bekannt – den 95. Geburtstag: eine unbequeme Kämpferin für sozialdemokratische Werte, eine aktive Antifaschistin und eine unermüdliche Streiterin für die Rechte von Kindern.

„Rosi kann mit Recht als sozialdemokratisches Urgestein in Tirol bezeichnet werden“, meint Helmut Muigg von den Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen aus Tirol. „Sie hat alle Verfolgungen des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus leidvoll mitgemacht und sich niemals gebeugt. Sie ist ein Vorbild im besten Sinne des Wortes!“

Viele ehemalige Kinder und Eltern in Wilten werden sich noch an die streitbare Leiterin des Kindergartens in der Inner-

koflerstraße erinnern, die sich schon damals für elternfreundliche Öffnungszeiten einsetzte. Als eine der Ersten legte sie die Berufsreifeprüfung ab und studierte neben dem Beruf an der Uni Innsbruck Pädagogik und Psychologie und schloss das Studium mit dem Doktorat ab. Rosi Hirschegger ist Trägerin von Bundes- und Landesauszeichnungen, besonders stolz ist sie auf das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs sowie auf die Otto-Bauer-Plakette der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen für Verdienste im Kampf gegen den Faschismus.

„Wir wünschen unserer Rosi weiterhin viel Freude und beste Gesundheit, damit sie weiterhin ihren Grundsätzen – nicht nachgeben und nicht beugen – nachkommen kann!“, so Muigg abschließend. ■

Wir gratulieren: Jänner bis März 2014

98. Geburtstag: Friedrich Propst, Wien. **97. Geburtstag:** Otto Libal, Linz. **95. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Fritz Probst, Wien; Lona Murowatz, Wiener Neustadt. **93. Geburtstag:** Kurt Stättner, Hinterbrühl; Anneliese Albrecht, Wien. **92. Geburtstag:** Walter Fischer, Baden; Margarethe Gruber, Salzburg; Helene Gratzl, Sollenau; Eduard Bruckner, Siegfried Gruber, Herta Kleedorfer, Helene Neuhaus, Rudolf Neumann, Johann Ploderer, Maria Schweidler, Wien. **91. Geburtstag:** Magdalena Artnr, Forchtenstein; Wilhelmine Buriy, Adolf Sadil, Wien; Josefine Trappl, Wilhelmsburg. **90. Geburtstag:** Lia Wuttke, Eichgraben; Egidius Sabotnik, Keutschach am See; Angela Radner, Linz; Walter Fantl-Brumlik, Wien. **85. Geburtstag:** Maria Ragger, Anna Tallon, Linz; Emma Jerusalem, St. Margarethen; Karl Dudek, Schrems; Friedrich Jirovetz, Traiskirchen; Fritz Koppe, Edith Rath-Rauch, Wien; Josef Rauch, Zell am Ziller. **80. Geburtstag:** Gottfried Grandl, Bruck/Mur; Josef Posch, Neudörfel; Helmut Braun, Maria Brosch, Paul Katt, Gertrude Klein, Ingeborg Ploderer, Leopold Prucha, Karl Schieszwahl, Horst Schön, Richard Stockinger, Wien. **75. Geburtstag:** Josef Schmidt, Bernstein; Franz Piribauer, Göllersdorf; Johann Grillenberger, Großhöflein; Helmuth Kaipel, Günselsdorf; Leanda Perchtold, Kammern im Liesingtal; Heinz Haager, Mödling; Walter Ulrich, Piberbach; Irene Beck, Piesting; Ingrid Ehrenhuber, Steyr; Heinz Rohmoser, Thaur; Vinzenz Pinterich, Trausdorf; Willi Andel, Klaus Dank, Helmut Göttlicher, Manfred Hebaus, Peter Hungler, Anny Keplinger, Herbert Krämer, Adolf Lehner, Hilde Milak, Wilhelm Pavlovsky, Walter Schuster, Rudolf Streicher, Erich Trimmel, Margarete Weigl, Josef Weissensteiner, Wien; Adolf Reiter, Wiener Neustadt.



www.parfinkom.gv.at

Josef Staribacher prägte als Wiener SJ-Landesvorsitzender gemeinsam mit Ernst Nedwed maßgeblich die Aufbauarbeit der Sozialistischen Jugend in der Nachkriegszeit

Sozialdemokratie trauert um Josef Staribacher

Am 4. Jänner dieses Jahres ist Josef Staribacher verstorben. Staribacher war einer der Ersten, die die SPÖ sowie gemeinsam mit Ernst Nedwed und Hans Mayr die Sozialistische Jugend nach 1945 wiederaufgebaut haben. Mit Josef Staribacher verlor die Sozialdemokratie einen Politiker, der in Österreich viel bewegt hat. Sein Tod sorgte für tiefe Betroffenheit in und außerhalb der Sozialdemokratie.

Josef Staribacher wurde 1921 in Wien geboren. Der zunächst gelernte Drucker absolvierte auf dem zweiten Bildungsweg die Matura und studierte schließlich an der

rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Während des Austrofaschismus wurde er wegen seiner politischen Tätigkeit in einer Gruppe junger Menschen in den

ArbeiterInnenbezirken Rudolfsheim und Fünfhaus inhaftiert. 1939 wurde Staribacher von der Gestapo verhaftet und in das KZ Buchenwald deportiert. Im Jahr 1940 kam er als „Wehrunwürdiger“ wieder frei.

Von 1961 bis 1983 gehörte Staribacher dem Nationalrat an. Bruno Kreisky holte ihn 1970 als Minister für Handel, Gewerbe und Industrie in seine erste Bundesregierung. In dieser Funktion blieb er bis zum Ende der Regierungszeit im Jahr 1983 und leistete einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung Österreichs. Josef Staribacher war von 1960 bis 1989 Vorsitzender der Gewerkschaft der Lebensmittel- und Genussmittelarbeiter. In der SPÖ Wien war er Vorsitzender der Bezirksorganisation Landstraße und Mitglied des Bundesparteivorstandes.

„Happy Pepi“

Ob als Kommunalpolitiker der SPÖ-Bezirksorganisation Landstraße, als Abgeordneter zum Nationalrat oder als Kammeramtsdirektor: Josef Staribacher hat sich stets mit großem Engagement, Kompetenz und Menschenkenntnis viel Achtung und Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinaus verschafft. Als langjähriger Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie hat Staribacher wegweisende Maßnahmen gesetzt. Sein Einsatz für eine moderne Konsumentenpolitik und für die grundlegende Reform der Gewerbeordnung bleibt untrennbar mit seinem Namen verbunden. Sein fröhliches Wesen brachte ihm den Spitznamen „Happy Pepi“ ein. Gemeinsam mit Bruno Kreisky prägte er eine ganze Ära. Die Persönlichkeit Staribacher war und ist ein Vorbild für viele – auch außerhalb der SPÖ – und wird das auch weiterhin bleiben. ■

Hilde Mauritz verstorben

Hilde Mauritz zählt zu den vielen Menschen, die in der Sozialdemokratie aufopfernd und selbstlos wirkten. Am 10. Jänner ging Genossin Mauritz leider für immer von uns. Hilde Mauritz wurde am 4. August 1935 in Wien geboren und arbeitete von 1951 bis 1960 bei der Firma Bernhard Altmann im Zubehör. Von 1960 bis 1965 war sie bei der Magistratsabteilung 62 in der Wählerevidenz tätig. Schließlich wirkte sie bis zu ihrer Pensionierung in der Bezirkspartei Landstraße als Sekretärin. Ihre politische Laufbahn begann 1945 bei den Roten Falken und den Kinderfreunden. Ab 1949 war sie bei der Sozialistischen Jugend und bei der Jungen Generation. 1951 wurde sie Sektionsmitarbeiterin und wurde 1975 in ihrem Wildganshof Sektionsleiterin. Diese Funktion gestaltete sie schließlich bis 2013. Bis zu ihrem Tod war sie von 1985 an Vorsitzende der Freiheitskämpfer/innen Landstraße und zwischen 1983 und 2010 Bezirksrätin im dritten Bezirk. 2012 erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Wien und 1995 wurde sie zur Trägerin der Victor-Adler-Plakette – der höchsten Auszeichnung der Sozialdemokratie.





**Der Gemein-
debau in der
Simmeringer
Hauptstraße
wurde 2013 nach
der unermüd-
lichen Kämpfe-
rin benannt**

Zur Aktualität von Rosa Jochmanns Vermächtnis

Vor 20 Jahren, am 28. Jänner 1994, starb Rosa Jochmann 93-jährig in Wien. Ihr Leben war von den Erfahrungen und Erkenntnissen einer kämpferischen Sozialistin im 20. Jahrhundert geprägt.

Als Kind erlebte sie die Not einer proletarischen Familie und die Hungerjahre im Ersten Weltkrieg kennen. Sie erlebte den geistigen Aufbruch und die wachsende Stärke der Arbeiterbewegung sowie den Zusammenbruch der überkommenen Monarchie und die Gründung der Republik. Sie war erfüllt von den Ideen des Austromarxismus, die in eine helle Zukunft wiesen, und sie erlebte die erfolgreiche Politik des Roten Wiens.

Dann stürzte die kapitalistische Weltwirtschaftskrise viele Millionen in bittere Arbeitslosigkeit und Elend. Eng damit verbunden begann der Aufstieg des Faschismus in Europa, auch in Österreich. Sie lernte den Hass des reaktionären Bürgertums auf die junge Demokratie und die Sozialdemokratie kennen. Dieser Hass mündete in die Katastrophe des 12. Februar 1934 und in die klerikal-faschistische Dollfuß/Schuschnigg-Diktatur. In den Reihen der illegalen Revolutionären Sozialisten setzte Rosa ihren Kampf gegen die Diktatur weiter fort, erhielt Polizeistrafen und wurde zu einem Jahr schweren Kerkers verurteilt.

Die schwerste Prüfung in ihrem Leben waren die Jahre der

blutigen Nazidiktatur, die Jahre der Haft im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Sie hungerte und fror mit ihren Leidensgenossinnen in ständiger Angst, Opfer der Nazimörder zu werden. Sie musste die Qualen einer fünf Monate dauernden Strafe im „Bunker“ in endloser Einsamkeit und Dunkelheit erleben. Sie sah,

wie polnische Frauen gequält und erschossen und wie jüdische Frauen ins Gas getrieben wurden. Nur mitfühlende Solidarität, gegenseitige Hilfe und eine unerschütterliche Hoffnung auf einen Sieg über die Barbareien halfen, den Terror zu überleben.

Jochmann: „Die Gnade des Vergessenkönnens ist keinem beschieden, der im KZ war. (...) Wir sind nur scheinbar in die Freiheit gegangen. Aber in Wirklichkeit ist keiner frei geworden.“



Bis ins hohe Alter stand Rosa Jochmann unermüdlich als Zeitzeugin zur Verfügung, besuchte hunderte Schulen und führte unzählige Gespräche mit jungen Menschen

Diese Erfahrungen bestärkten ihre Überzeugung, dass Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, breiter Wohlstand, Demokratie und Frieden im Kapitalismus nie gesichert sind und dass ein enger Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus besteht.

Jochmann: „Ich habe niemals daran gezweifelt, dass der Sozialismus einmal von der Menschheit erkannt werden wird. (...) Es ist meine innere Überzeugung, dass es der Sozialismus sein wird, der die Menschheit befreit.“

Für den demokratischen Sozialismus zu kämpfen und die Menschen, vor allem die Jungen, von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen und vor den Gefahren von Rechtsextremismus, Rassenhass und Faschismus zu warnen, erfüllte Jochmanns Leben bis zum Tod.

Angesichts der heute in Europa und in der Welt herrschenden kapitalistischen Krise mit ihren verheerenden Folgen für die von ihrer Arbeit lebenden Menschen sowie des Erstarkens rechtsradikaler und faschistischer Bewegungen und Parteien gewinnen das politische Vermächtnis und die beispielgebende Menschlichkeit Rosa Jochmanns höchste Aktualität. Rosa Jochmann ist für uns Freiheitskämpfer/innen Vorbild und Verpflichtung.

Ali Koblbacher ■



„Ein Paragraph wird sich finden“

Wem ist bewusst, dass Stalin mehr Schutzbündler umbringen ließ, als in den Februarkämpfen fielen? Das Buch „... Ein Paragraph wird sich finden“ beschreibt die stalinistischen Repressionen vor dem Hintergrund der politischen Entwicklung in der Sowjetunion.

In den 1930er Jahren lebten mehrere tausend ÖsterreicherInnen in der Sowjetunion, ehemalige Kriegsgefangene, die freiwillig geblieben waren, Arbeitsmigranten, Kommunisten und nach dem Februar 1934 an die 750 Schutzbündler. Vor allem in den Jahren des Großen Terrors 1937/38 und nach dem deutschen Angriff am 22. Juni 1941 wurden viele verhaftet, gefoltert, zu vielen Jahren im Gulag verurteilt oder erschossen.

Auf 418 von 622 Seiten sind 769 Kurzbiografien von Abdinghoff Heinrich bis Zuber Ludwig zu lesen. 185 betrafen Schutzbündleremigranten. Die zahlenmäßig

größte Opfergruppe sind die 221 Wirtschaftsemigranten. Unter den erfassten Verhafteten waren 65 Frauen. Meist wurden die Verhafteten mit dem absurden Vorwurf der „Agententätigkeit“ für Österreich, Deutschland oder fallweise andere Länder konfrontiert, der in keinem einzigen Fall belegt ist. Oft wurde zusätzlich der Vorwurf der „antisowjetischen Agitation“ erhoben, wofür schon die geringste – praktisch immer gerechtfertigte – Kritik am System ausreichte, wenn sich ein Denunziant fand. Etwa ein Drittel der Verhafteten wurde zum Tode verurteilt und erschossen, mehr als 80 weitere Österreicher kamen in der Haft ums Leben.

Leider fehlt bei den meisten, die 1939–1941 ins Deutsche Reich ausgewiesen wurden, ihr weiteres Schicksal. Eine Schwäche des Buches ist, dass bei vielen aus Wien stammenden Personen eine Bezirkszuordnung fehlt. Diese wäre für die lokale Erinnerungsarbeit hilfreich gewesen. Nichtsdestoweniger ist das Buch

als Nachschlagewerk auf der Suche nach Schutzbündlern und wegen der kritischen Darstellung der Geschichte der Sowjetunion äußerst wertvoll. Beim Lesen der Biografien kommt man aus dem Kopfschütteln nicht heraus, welch unglaubliche Schicksale diese Menschen, die zu den Besten der Arbeiterbewegung zählten, aufgrund absurder, gemeiner Anklagen erlitten. Die Schreckensnamen „Lubjanka“ und „Butyrka“ dürfen von uns nicht vergessen werden! ■



Barry McLoughlin / Josef Vogl:
„... Ein Paragraph wird sich finden“. Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945); Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2013, 622 Seiten; € 24,50

Tramway Geschichte(n)

Der Autor dokumentiert auf über 500 Seiten den Kampf von Wiener Straßenbahnern „gegen den grünen und braunen Faschismus“ und deren politische und nach 1938 auch rassistische Verfolgung.

Der Kern des Buches umfasst rund 550 Kurzbiografien von Mitarbeitern der Wiener Verkehrsbetriebe. Viele von ihnen wurden nach den Februarereignissen 1934 entlassen, schließlich waren die Straßenbahnremisen wie die großen Gemeindebauten Zentren des Aufstands und wichtige Sammelstellen für die Schutzbündler. Wiedereinstellungen nach dem „Anschluss“ 1938, deren Hintergrund Versuche der Nazis, das sozialdemokratische Milieu für sich zu gewinnen („Aktion Neubacher“), waren, werden ebenso erfasst wie Entlassungen von NS-Parteigängern nach 1945. 220 Mitarbeiter wurden unter Dollfuß bzw. Schuschnigg zu

Haftstrafen verurteilt. Von den 320 Personen, gegen die das NS-Regime vorging, wurden 30 hingerichtet, weitere neun gelten als Opfer der Shoa. Diese Zah-



len drücken deutlich aus, dass in der damaligen zeitgenössischen Politik der Austrofaschismus der Hauptgegner des sozialdemokratischen Widerstands war. Gegen ihn war der sozialdemokratische Widerstand und damit auch die Verfolgung viel breiter als gegen den Nationalsozialismus. Wobei Letzterer ungemein brutaler war.

Einzig Schwachpunkte des Buches sind die Einleitung über die Geschichte der Ersten Republik, die aus verschiedenen Quellen zusammengestoppelt erscheint, und das dünne, zum Teil veraltete Literaturverzeichnis.

Walter Farthofer:
Tramway Geschichte(n). Wiener Straßenbahner im Kampf gegen den grünen und braunen Faschismus; ÖGB-Verlag 2012, 540 Seiten; ISBN: 978-3-7035-1561-3; € 24,90

nis. Auch das Lektorat hätte genauer arbeiten können. Diese Kritik verblasst anhand der großen Leistung, die das Buch insgesamt darstellt. Warum? Nun, da ist an erster Stelle zu nennen, dass „kleine Leute“ mit ihren kleinen Schicksalen dem Vergessen entrissen wurden. Das haben die Straßenbahner getan. Wertvoll ist das Buch, weil es die heute aktiven Antifaschisten an die Biografien der Straßenbahner anknüpfen lässt und wir diese in unsere Aktivitäten, in unsere Gedenkkultur einbeziehen können. Eine Vielzahl von Fotos von Gedenktafeln und Denkmälern macht das Buch auch optisch gehaltvoll. Insgesamt mehr ein Beitrag zur Geschichte der kleinen Leute als zur Geschichte der Wiener Verkehrsbetriebe, wofür dem Autor Walter Farthofer Dank zu sagen und Respekt zu zollen ist. Kauft dieses Buch! **Gerald Netzl** ■

Der Henker

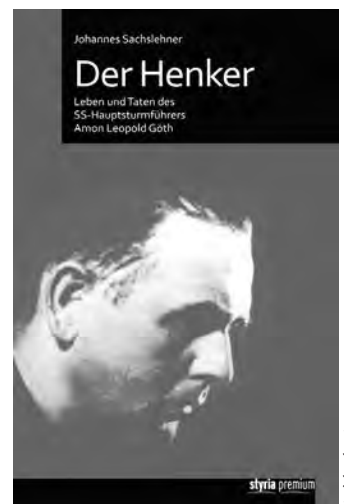
Über das Leben und die Taten von SS-Hauptsturmführer Amon Leopold Göth im Zuge der systematischen Ausrottung der europäischen Jüdinnen und Juden hat Johannes Sachslehner kürzlich ein Buch mit dem Titel „Der Henker“ vorgelegt.

Franz Vranitzky ist es zu verdanken, dass mit der bis dahin gepflegten österreichischen Opferlegende aufgeräumt wurde, als er erklärte, dass sich auch zahlreiche Österreicher in der NS-Mordmaschinerie als brutale Täter hervorgetan haben. Einer dieser Mörder war SS-Hauptsturmführer und Kommandant des Zwangsarbeiterlagers Plaszow, Amon Leopold Göth. Vielen wird Amon Göth als SS-Killer aus dem Spielberg-Film „Schindlers Liste“ in Erinnerung sein. Sachslehner zeichnet akribisch den Weg eines aus bürgerlich-katholischer Familie stammenden Wieners auf, der als Judenmörder Karriere in der SS machte.

In Waidhofen wird 1925 der 17-Jährige Mitglied der dortigen „Vereinigung der nationalsozialis-

tischen deutschen Arbeiterjugend Deutsch-Österreichs“. In Wien tritt er 1931 der NSDAP bei. 1940 meldet sich Göth zum Dienst bei der Waffen-SS und übersiedelt ins eroberte Polen, ins „Land, in dem der Tod haust“. Im Februar 1943 wird Göth Kommandant des neu eröffneten Zwangsarbeiterlagers Plaszow und herrscht ab nun 500 Tage bis zu seiner Abberufung im September 1944 über Zehntausende jüdische Arbeitssklaven, die seiner Willkür und Mordlust schutzlos ausgeliefert sind. Bei jeder Ankunft eines Judentransports schickt er Kinder, Alte und Kranke weiter nach Auschwitz zur Vergasung oder erschießt sie selbst. Persönlich bereichert er sich maßlos am Besitz der ins Lager deportierten jüdischen Familien. In seiner

Villa am Rande des Lagers feiert Göth mit Frauen, NS-Bonzen, SS-Kameraden und deutschen Unternehmern rauschende Feste. Seine Arroganz, Maßlosigkeit und Korruption werden ihm schließlich zum Verhängnis. Eifersüchtige und karriereneidige SS-Kameraden zeigen ihn an. Monatelang ermittelt ein SS-Gericht wegen Amtsmissbrauchs, Unterschlagung und Bestechung. Als Lagerkommandant wird er abberufen und zur Partisanenbekämpfung in die berüchtigte SS-Sondereinheit Dirlewanger strafversetzt. Am 21. Februar 1945 wird Göth wegen Devisenvergehen neuerlich verhaftet und sitzt 5 Wochen in München ein. Bei Kriegsende gerät er in Kriegsgefangenschaft der US-Army. Bald erkennen die Amerikaner, wer ihnen ins Netz gegangen ist und liefern Göth gemeinsam mit dem Auschwitzkommandanten Rudolf Höß am 28. Mai 1946 an Polen aus. Nach einem Prozess vor dem Obersten Volksgerichtshof wird



Johannes Sachslehner: Der Henker. Leben und Taten des SS-Hauptsturmführers Amon Leopold Göth; Styria premium, Wien – Graz – Klagenfurt 2013, 400 Seiten; ISBN 978-3-222-13416-6; € 18,00

Göth am 13. September 1946 hingerichtet. Göth steht neben anderen für jene Österreicher, die mit besonderem Eifer und größter Brutalität das NS-Mordregime mitgestaltete und selbst gemordet haben. ■

Anthologie zu Februarkämpfen



Erich Hackl, Evelyn Polt-Heinzl (Hg.): Im Kältefeieber. Februargeschichten 1934; Picus Verlag 2014, 327 Seiten; ISBN 978-3-7117-2009-2; € 22,90

Vor kurzem erschien im Picus-Verlag das Buch „Im Kältefeieber – Februargeschichten 1934“. Es ist die bislang umfangreichste Anthologie zu den Februarkämpfen, mit vielen unbekannten Texten österreichischer und ausländischer Autorinnen und Autoren.

Es enthält u. a. Beiträge, die erstmals auf Deutsch publiziert werden. Im Mittelpunkt stehen die Kämpfenden, Arbeiter und deren Frauen und Kinder, die sich nicht nur in Wien, sondern auch in anderen Städten und abseits der Zentren der Zerschlagung der Demokratie entgegenstellten. Die Chronologie geht über das unmittelbare Kampfgeschehen hinaus und beleuchtet dessen Vorgeschichte genauso wie die Konsequenzen. Die 40 Beiträge sind zumeist kurze Auszüge und wecken manchmal Interesse an den

ursprünglichen Büchern. Leider nur manchmal, da nicht wenige Beiträge aus kommunistischen Federn stammen. Was noch kein grundsätzliches Problem wäre. Aber zu einem wird, wenn in Texten die Sozialfaschismusthese mitschwingt und immer wieder die bösen Führer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des Republikanischen Schutzbunds ihre Mitglieder veraten und verkauft haben. Das wird irgendwann fad. Doch, so Herausgeber Erich Hackl, „geht es um einen historischen Vorfall, müssen sich die Erzählungen und

Romanfragmente miteinander verzahnen, einander ergänzen oder widersprechen, gelegentlich auf der Stelle treten, dann wieder mehrere Stationen überspringen. Ziel ist, dass sie sich wie eine vielstimmige und perspektivenreiche Geschichte lesen lassen, als ein einziges, wenn auch kollektives Werk.“

Leider fehlen Hinweise, ob die in den einzelnen Beiträgen geschilderten Ereignisse historisch verbürgt oder erdacht sind. Trotz dieses Mankos sind erfreulicherweise ausreichend Texte im Buch, die auch – durchaus nicht unkritischen – sozialdemokratischen und wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden und so zum Beispiel für Gedenkfeiern geeignet sind. ■



Fußball und Rechtsextremismus

Der SK Rapid hat sich bisher als einziger österreichischer Fußball-Klub seiner Geschichte gestellt, diese wissenschaftlich aufgearbeitet und in seinem Museum präsentiert. Ali Kohlbacher hat sich das Museum für den „Kämpfer“ angesehen.

Wenn Rassismus und Faschismus keine Meinung sind, sondern Verbrechen, werden Fußballstadien und ihr Umfeld zu „Tatorten“. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie sind in der Fußball-Fanszene keine Seltenheit, auch in Österreich. Der Fußball als gesellschaftliches Ereignis lockte schon immer und lockt auch heute rechtsextreme Gruppen an. Dem Neonazi Gottfried Küssel ist es zu Beginn der 80er Jahre gelungen, in der damals relativ jungen Skinhead-Subkultur neonazistisches Gedankengut zu verbreiten und die jungen Neonazis unter seiner Führung zu einer schlagkräftigen Fanbewegung zu organisieren. Diese Jugendlichen, die der Gewalt per

se oftmals nicht abgeneigt waren und sind, stellten und stellen ein wichtiges Rekrutierungs- und Sammelbecken für Rassisten und Faschisten dar. Besonders effizient gelang die Rekrutierung in den beiden großen Wiener Vereinen Rapid und Austria. Der Einfluss, den Rechtsextreme und Neonazis auf die Fanszene ausüben, zeigt sich an Spieltagen, an denen rechte Hooligan-Gruppen über entsprechende Fahnen, Spruchbänder und Fangesänge, rassistische und neofaschistische Parolen in den Fankurven (z. B. hinter dem Rapid-Tor) Aufsehen erregen und auf ihre hasserfüllten Botschaften aufmerksam machen. Diese Botschaften fielen und fallen unter die Kategorie der nationalsozialistischen Wiederbetätigung und sind strafbar.

Rechtsextreme in den Stadien

Wie aktuell die rechtsextreme Präsenz in den Stadien ist, zeigen beispielhaft folgende Ereignisse:

19.8.2009: Während des Europa-League-Qualifikationsspiels Red Bull Salzburg gegen Maccabi Haifa singen die Salzburger Fans den antisemitischen Song „Wer nicht hüpft, der ist ein Jude, hey, hey!“

22.10.2009: Beim Spiel SK Rapid Wien gegen Hapoel Tel Aviv wird aus dem Gästeblock „Judenschweine“ gerufen.

3.12.2009: Beim Spiel Austria Wien gegen Athletic Bilbao zeigen rechte Fans die Fahne des faschistischen Franco-Regimes und „Unsterblich Wien“ zeigen ein Spruchband „Viva Franco“ und Banner mit Keltenkreuz und Reichskriegsadler.

27.3.2010: Die Gruppe „Unsterblich Wien“ zeigt ihre Heimfahne im Stil der neonazistischen Terrororganisation „Blood & Honour“.

23.4.2010: Die Gruppe „Unsterblich Wien“ greift nach der Wahlkampfkundgebung der FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz eine linke Kundgebung an.

25.5.2011: Die Gruppe „Ultras Sur Wien“ zeigt beim Heimspiel von Austria Wien ein Spruchband in Solidarität mit dem spanischen Neonazi Josué Estébanez, der für den Mord am Antifaschisten Carlos Palomino zu 26 Jahren Haft verurteilt wurde.

6.8.2011: Rechte Hooligans aus der Rapid Wien-Fanszene und die Gruppe „Unsterblich Wien“ greifen Fans von Wacker Innsbruck an und rufen „Zyklon B für'n FCW!“.

Anfang 2013 reagierten die Vereinsverantwortlichen von Austria Wien und entzogen der Neonazigruppe „Unsterblich Wien“ den offiziellen Fanklubstatus und das Recht, ihr Transparent im Stadion aufzuhängen. Der Einfluss, den diese rechtsextremen Fangruppen auch außerhalb der Stadien ausüben, wird häufig unterschätzt. Zu den Aktivitäten, die quasi im Verborgenen stattfinden, zählt z. B. der Versuch von einigen rechten Fans von Austria Salzburg, ein Konzert der Nazi-Rockband „Kategorie C“ zu organisieren.

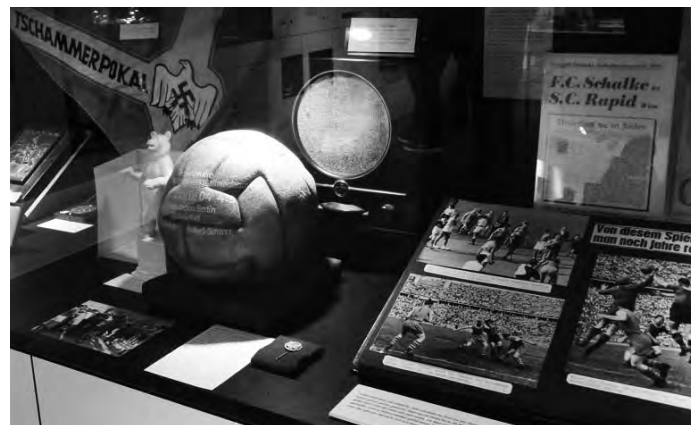
Der SK Rapid hat sich bisher als einziger österreichischer Fußballklub seiner Geschichte gestellt, diese wissenschaftlich aufgearbeitet und in seinem Museum RAPIDEUM präsentiert. Es ist eine Geschichte sportlicher Höhepunkte, aber auch eine Geschichte mit braunen Flecken. Die Hietzinger FreiheitskämpferInnen haben kürzlich das RAPIDEUM besucht. Die Geschichte des SK Rapid ist für FreiheitskämpferInnen v. a. aus drei Gründen von großem politischem Interesse:

1. Der SK Rapid wurde 1897 als „1. Wiener Arbeiter Fußballklub“ gegründet. Seine Fans waren mehrheitlich die sozialdemokratisch organisierten Proletarier aus Ottakring. Der Fußballklub war eines der Flaggschiffe der jungen proletarischen Sportkultur.

2. Rapid war während der Nazizeit einer der prominentesten Fußballvereine im Deutschen Reich. Rapid gewann als einziger Verein der „Ostmark“ die zwei Hauptbewerbe des NS-Fußballs. Rapid stellte sich 1938 rasch auf die neuen Machthaber ein. Eifrig bemühten sich viele Funktionäre um die Mitgliedschaft in der NSDAP, von der sie ebenso eifrig nach 1945 nichts mehr wissen wollten. Im Gegensatz zu den Funktionären war unter den bekannten Spielern kein einziges NSDAP-Mitglied.

3. Was macht Rapid heute gegen die rechtsradikale Fangemeinschaft? Diese Frage stellten wir Markus Lenzenhofer, ständiger Mitarbeiter des Museums, und dem Kurator Domenico Jacono, der uns durch die Ausstellung führte. Ihre Antwort: „Wir führen durch die Ausstellung, informieren und diskutieren über die ‚Rapid-Helden‘, das Wunderteam, die Dressen und den Rapid-Geist (Gemeinsam – Kämpfen – Siegen). Das interessiert die Jungen. So kommen wir ins Gespräch mit ihnen. Wir sprechen über ‚Grün-Weiß unterm Hakenkreuz‘ und über die progressive Fanszene, die sich gegen Diskriminierung, Rassismus, Homophobie einsetzt und zunehmend bei jungen Fußballfans Anklang findet.“ Keine leichte, aber lohnende Arbeit. Ein Besuch des RAPIDEUMS lohnt sich.

Ali Kohlbacher ■



Sportliche Höhepunkte, aber auch braune Flecken: Rapid stellt sich seiner Geschichte

Webtipp: Retrospektive über Karl Reinthaler

Die Salzburger FreiheitskämpferInnen widmen dem Leben und Wirken ihres ehemaligen Landesvorsitzenden eine umfangreiche Webseite. Ein Besuch lohnt sich!

Die „Hitler-Reden“ im Radio verschlugen ihm die Sprache und nahmen ihm den Appetit: In der Bahnhofrestauration in Saalfelden wurde Karl Reinthaler (1913–2000) beobachtet, wie er aus Protest zu essen aufhörte – und der Gestapo gemeldet.

Man denunzierte den Lokführer auch, als er einer Kioskfrau im Rahmen der „Roten Hilfe“ Geld und Lebensmittel bringen woll-

te. Reinthaler wurde schließlich wegen Hochverrats zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach kehrte er völlig entkräftet nach Saalfelden heim – und traf am Bahnhof jenen Mann, der ihn verraten hatte. „Karl, wie ist es dir ergangen?“, fragte dieser.

Die Salzburger FreiheitskämpferInnen widmen ihrem ehemaligen Landesvorsitzenden nun eine umfangreiche Retrospektive, die in Zusammenarbeit mit

dem Renner-Institut Salzburg erfolgt: Was bleiben soll, ist die dauerhafte Erinnerung an diesen besonderen Menschen. Sein ganzes Leben stand im Zeichen des Dagegenhaltens. Karl Reinthaler trotzte dem Austrofaschismus, dem nationalsozialistischen Terrorregime und in späten Jahren all jenen, die Diskussionen im Ansatz ersticken wollten.

Dagegenhalten. Kein anderer Begriff beschreibt den Lebensweg besser, den Karl Reinthaler auf sich genommen hat. Im Zuchthaus im deutschen Amberg schwor er sich: „Wenn ich überlebe, werde ich mein restliches Leben der Allgemeinheit widmen.“ Und er hielt sein Versprechen: Nach Kriegsende wurde er in den Salzburger Landtag entsandt und zum Obmann des „Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer“ in Salzburg gewählt. Als Bürgermeister lenkte er zwischen 1972 und 1978 mit Umsicht und Weitblick die Geschicke der stetig wachsenden Gemeinde von Saalfelden. Als man bei ihm Dickdarmkrebs diagnostizierte, musste er die politische Bühne schließlich verlassen.

Nach seiner zwangsläufigen Pensionierung war es Karl Reinthaler ein großes Anliegen, bei geeigneten Anlässen als Zeitzeuge aufzutreten. Einer breiten Öffentlichkeit präsentierte sich Reinthaler anlässlich des 50. Jahrestages der Zweiten Republik im Jahr 1995. Dabei warnte er vor den alten Fehlern, die zum Zerfall der Ersten Republik führten: „Nur weil Rot und Schwarz zutiefst zerstritten waren, sind die Nazis damals an die Macht gekommen.“

Ein tragischer Unfall beendete am 1. August 2000 sein Leben abrupt. Drei Tage später, am 4. August 2000, wurde der Saalfeldener Ehrenbürger unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beerdigt. Zweieinhalb Jahre später setzte man ihm ein erstes Andenken: Die SPÖ Saalfelden kaufte jenes Gewerkschaftsheim, an dessen Gründung Reinthaler maßgeblich beteiligt war, und benannte es nach ihm, „dem Pionier der Arbeiterbewegung in Saalfelden“.

Die Retrospektive finden Sie hier: www.dagegenhalten.at



Die Webseite bietet für zeitgeschichtlich Interessierte allerlei spannende Hintergrundinformationen

iNo Pasarán! – Gemeinsam gegen Rechts

Der VSStÖ mobilisiert nun im Netz gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Auf der VSStÖ-Homepage www.vsstoe.at finden sich im Zuge der neuen Antifaschismus-Kampagne Artikel und Rechercheergebnisse zu den neuen und alten Rechten in Europa.

Niemals vergessen!“ und „Wehret den Anfängen!“ sind antifaschistische und somit auch sozialdemokratische Grundsätze, die ihre Aktualität nicht verloren haben. Für die EU-Wahlen am 25. Mai hat sich rund um die FPÖ ein Bündnis rechtsextremer Parteien formiert, wie etwa des Front National (Frankreich) und der Vlaams Belang (Belgien). Strache, Wilders und Co. inszenieren den altbekann-

ten rassistisch motivierten Hass in neuem und vermeintlich „modernem“ Gewand. Diese Tatsache sehen die GenossInnen vom VSStÖ als klaren Auftrag, gegen rassistische und faschistische Kräfte aufzutreten, die rechten Bündnispolitiken sichtbar zu machen und dagegen eine Kampagne unter dem Titel „iNo Pasarán! – Gemeinsam gegen Rechts“ zu starten. Auf der Webseite wird eine Europakarte be-

reitgestellt, auf der man zu Ländern durch einen einfachen Klick Hintergrundinformationen über deren rechte Strömungen erhält. Alle interessierten AntifaschistInnen sind zudem aufgerufen, diese Karte zu vervollständigen.

Wer Informationen, Referate oder Berichte, Videos oder andere relevante Informationen zu faschistischen und rechten Organisationen in Europa hat, ist aufgerufen, aktiv zur Entwicklung der Seite beizutragen.



Im Zuge der neuen Kampagne will der VSStÖ auch im Internet die Umtriebe rechter Parteien sichtbar machen und dagegen mobilisieren



Die extreme Rechte vor der EU-Wahl: Teil 1

Anlässlich der bevorstehenden EU-Wahl am 25. Mai setzt der „Kämpfer“ einen Schwerpunkt zu rechtsextremen Parteien in EU-Ländern, deren Verhältnis zur hiesigen FPÖ und rechten Bündnispolitiken. Dazu veröffentlicht wir einen Artikel von Andreas Peham (DÖW) in zwei Teilen. Den Anfang machen eine Bestandsaufnahme der Fraktionsbestrebungen rechter und neofaschistischer Parteien im EU-Parlament sowie eine Analyse des Front National und dessen Verhältnis zur FPÖ.

Im November 2013 trafen sich in Wien auf Einladung der FPÖ Führungskader fünf befreundeter Parteien, um einen weiteren Anlauf für ein – wie es in der parteioffiziellen Neuen Freien Zeitung heißt – „Rechtsbündnis gegen Europa“ zu nehmen. Gekommen waren Vertreter des Front National, des Vlaams Belang, der Lega Nord, der Schwedendemokraten und der Slowakischen Nationalpartei. Rasch verständigte man sich auf den Kampf gegen „das Diktat der internationalen Finanzmärkte, für die Erhaltung der traditionellen Familie, gegen Genderwahn, Dekadenz und Hedonismus“. Mit Geert Wilders, dem in dieser Runde offenbar noch nicht ganz wohl ist, wollte man sich in baldiger Zukunft gesondert absprechen. Der holländische Moslemhasser hat jedoch bereits im Sommer 2013 seine Vorbehalte gegenüber rechtsextremen Parteien fallen gelassen und sich zuerst mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und dann mit Marine Le Pen (Front National) getroffen, um eine künftige Zusammenarbeit auszuhandeln. Strache sieht nach dieser überraschenden Annäherung bereits „eine reale Chance“, nach den Wahlen im Mai 2014 eine Rechtsfraktion im Europäischen Parlament bilden zu können. Tatsächlich stehen die Chancen dafür besser denn je. Dennoch sind solche Erfolgsmeldungen mit Vorsicht zu genießen, gehört doch die Selbstdarstellung rechtsextremer Parteien als bündnis- und salonfähig

insbesondere in Wahlkämpfen zu deren Geschäft. Schon im Vorfeld der EU-Wahlen 2009 tat die FPÖ-Spitze so, als stünde die Aufnahme in eine der rechtspopulistischen Fraktionen im EU-Parlament unmittelbar bevor. Die damalige Euphorie, wonach eine parlamentarische Kooperation etwa mit der Lega Nord und der Dänischen Volkspartei unmittelbar bevorstehe, war jedoch gespielt oder verfrüht: Die damals 27-köpfige Rechtsfraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) gründete sich Anfang Juli 2009 ohne die FPÖ und andere rechtsextreme bis neofaschistische Parteien wie dem Front National oder Jobbik. Insbesondere die neben der Lega in der EFD tonangebende United Kingdom Independence Party (UKIP) hatte sich maßgeblich gegen die Aufnahme der FPÖ gewandt. So betonte der britische EFD-Fraktionsvorsitzende, dass in der neuen Fraktion kein Platz für Parteien sei, die „eine rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Agenda vertreten.“ Dieser Schmach wollen sich die Spitzen von FPÖ und Co. nach den Wahlen im Mai 2014 nicht noch einmal ausgesetzt sehen – auch um den Preis der Selbstverleugnung.

Einigungsfaktoren

In ideologischer Hinsicht sind die Bedingungen für eine derartige Fraktion günstiger geworden: Der antimuslimische Rassismus dient als neues Vehikel der alten Fremdenfeindlichkeit

in den Mainstream-Diskurs. Die Normalität bis Hegemonie des Antimuslimismus macht diesen zum idealen Instrument, um aus der „Extremismus“-Ecke zu kommen. Dabei behilflich sind bereits akzeptierte (rechtspopulistische) Parteien wie Wilders' Partei für die Freiheit (PVV), die damit begonnen haben, ihre Abgrenzung zum Rechtsextremismus aufzugeben. Dem Feindbild Islam kommt heute zentrale Bedeutung als transnationaler Einigungsfaktor zu. Das rechte Europa (der „Vaterländer“) definiert sich in erster Linie negativ und über paranoide Abgrenzung von der angeblichen islamischen Gefahr: „Wir sind europäische Brüder, weil wir nicht islamisiert werden wollen.“ (Heinz-Christian Strache)

Neben (muslimischer) Migration und Globalisierung bedroht in den Diskursen der europäischen Rechtsparteien die – oft dem Wirken geheimer Drahtzieher im Hintergrund zugeschriebene – europäische Integration die Nationalstaaten oder Völker. Die gerne als „Diktatur“ oder „Bonzokratie“ bezeichnete EU(-Bürokratie) stellt einen weiteren verbindenden Feind dar. Paradoxe Weise sind es aber gerade die Institutionen der verhassten EU, welche Rechtsextreme in den einzelnen Mitgliedsstaaten mit Förderungen belohnen. Insbesondere das Europäische Parlament, das es in einem von rechtsextremer Seite dauernd geforderten „Europa der Völker“ gar nicht geben dürfte, muss (mittels Fraktionsmitgliedschaften und Abgeordnetenbudgets) mittlerweile als eine unfreiwillige Finanzquelle der extremen Rechten angesehen werden. Besonders attraktiv, ja für die politische Relevanz im EU-Parlament entscheidend, ist die Mitgliedschaft in einer Fraktion, zu deren Bildung Parteien aus sieben EU-Ländern und mindestens

25 Abgeordnete notwendig sind. Rechtsextreme Parteien – noch dazu, wenn sie aus benachbarten Ländern kommen – konnten sich aufgrund ihres Nationalismus und Revanchismus bis vor kurzem jedoch nur schwer auf eine inhaltliche Plattform einigen. Einer, der von dieser Schwierigkeit ein Lied singen kann, ist FPÖ-MEP Andreas Mölzer.

Erfolge und Rückschläge

Im Jänner 2007 gelang es ihm und Kamerad/innen, eine Fraktion im EU-Parlament zu bilden: Identität – Tradition – Souveränität (ITS). Neben der FPÖ und dem Front National gehörten der 23-köpfigen Fraktion die Großrumänienpartei, der Vlaams Belang, die bulgarische Ataka, ein Dissident der UKIP und ein „unabhängiger“ Abgeordneter aus Rumänien sowie die beiden Neofaschist/innen Alessandra Mussolini und Luca Romagnoli (Fiamma Tricolore) an. Jedoch, wie schon die ähnlichen Zusammenschlüsse davor, zerbrach auch die ITS-Fraktion bald am nationalistischen Ressentiment: Rumänische Rechtsextreme wollten sich nicht von italienischen Neofaschist/innen als „Zigeuner“ beschimpfen lassen. Nachdem Mussolini im November 2007 einmal mehr rumänische Migranten/innen in Italien kollektiv als „Kriminelle“ beflagelt und sogar den Botschafter Rumäniens zum Verlassen des Landes aufgefordert hatte, verließ die PRM umgehend die Fraktion, die aufgrund der nun zu geringen Anzahl von Mitgliedern somit Geschichte war.

Ende 2010 wurde mit der von einzelnen Abgeordneten und Kadern rechtsextremer und -populistischer, im Europäischen Parlament mehrheitlich fraktionsloser Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang gegründeten Europäischen Allianz für Freiheit



(EAF) der jüngste Versuch in Sachen Bildung eines Bündnisses gestartet. Mit der EAF sollte daneben ein Keil in die EFD-Fraktion getrieben werden. So integrierte die EAF die EFD-Mitglieder von der Slowakischen Nationalpartei und der litauischen Ordnung und Gerechtigkeit. Jedoch hielten sich Front National, Lega Nord, Dänische Volkspartei und Wahre Finnen mit einer Teilnahme (noch) auffallend zurück. Der Grund dafür dürfte in der anfänglichen (bis Juni 2011 dauernden) EAF-Mitgliedschaft der Jobbik-Europaabgeordneten Krisztina Morvai zu finden sein. Zum längerfristigen Ziel hat die EAF, die im Frühjahr 2011 als EU-Partei anerkannt wurde und der FPÖ-MEP Andreas Obermayr vorsteht, das Aufhalten und Rückgängigmachen des europäischen Integrationsprozesses – getarnt als Kampf gegen „Zentralismus“. In auffälliger Übereinstimmung mit Kapitalinteressen wird einer bloßen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Binnenmarkt das Wort geredet, während die politische Union, und hier vor allem eine einheitliche Sozialpolitik, zurückgefahren werden soll. Zudem will man in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten die ökonomisch schwächeren und als „faul“ denunzierten Länder des Südens wieder abkoppeln und aus dem Euro-Verbund ausschließen.

Französische Front

Erst seit Oktober 2011 ist Marine Le Pen Mitglied in der EAF. Der seit seiner Gründung 1972 bis 2011 von ihrem Vater Jean-Marie Le Pen angeführte rechtsextreme Front National (FN) ist seit 1984 im EU-Parlament vertreten. Die Geschichte des FN ist wie die vieler anderer rechtsextremer Parteien eine der Richtungsschwenks: Zuerst hieß man etwa die Westbindung und NATO-Mitgliedschaft Frankreichs gut, auch die EU war noch kein Feind. In den 1990er Jahren kam es dann zu einem radikalen Politikwechsel: Nun begann Le Pen, gegen die USA und die europäische Integration zu wettern. Auf dem Par-

teikongress 2000 wurden sogar der EU-Austritt und die Wiedereinführung des Franc gefordert. Bereits Ende 1990 besuchte Le Pen Saddam Hussein in Bagdad, um ihm die Solidarität der „europäischen Nationalisten“ im Kampf gegen die USA zu versichern. 2002 wollte er neuerlich nach Bagdad reisen, um das „irakische Volk in seinem Widerstand gegen die weltweite Tyrannei“ zu stärken. Mit seinen zunehmend schrilleren pro-arabischen Tönen machte sich der große alte Mann des FN jedoch in Frankreich immer weniger beliebt, manche sahen angesichts der Wahlniederlagen und der Fraktionskämpfe bereits das Ende des FN nahen.

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir den Teil von Andreas Pehams Artikel, der sich mit den Verbindungen der FPÖ zum Vlaams Belang, den Schwedendemokraten, slowakischen Nationalist/innen, italienischen Rechten sowie der Partei von Geert Wilders und ungarischen Rechtsextremen à la Jobbik befasst.

Für die Erlaubnis, seinen Artikel im „Kämpfer“ veröffentlichen zu dürfen, sei Andreas Peham an dieser Stelle ein besonderer Dank ausgesprochen!

Anfang 2011 übernahm MEP Marine Le Pen nach langem Richtungsstreit und zahlreichen Abspaltungen die Partei von ihrem Vater. MEP Bruno Gollnisch, FN-Chefideologe und Vertreter des Rechtsaußen-Flügels, wollte ihr das Erbe jedoch streitig machen. Nach seiner Niederlage in einer Kampfabstimmung blieb er aber (noch) in der Partei, wo er mit Argusaugen über jeden Schritt wacht, den Marine Le Pen in Richtung Rechtspopulismus zu setzen versucht. Während Jean-Marie Le Pen die Gaskammern noch als (vernachlässigungswürdiges) „Detail der Geschichte“ verharmlost hat, meint seine Tochter, dass mit den Nazi-Lagern der „Höhepunkt der Barbarei“ erreicht worden sei. Als Le Nouvel Observateur im März 2011 ein Foto veröffentlichte, das einen FN-Kader neben einem Skinhead und mit Hitlergruß zeigt, reagierte die neue Vorsitzende umgehend und

warf den Jungnazi aus der Partei, womit sie sich öffentliche Kritik ihres Vaters zuzog. Gollnisch sprach sich ebenfalls gegen den Rauswurf des Neonazis aus und behauptete in bewährter Täter-Opfer-Umkehr, dass das Foto möglicherweise gefälscht und Teil einer antifaschistischen Intrige sei.

Auch im Interview mit der Jungen Freiheit widersprach Gollnisch im Frühjahr 2011 der neuen Vorsitzenden: Gefragt nach dem angeblichen neuen (antiislamischen und pro-jüdischen) Kurs des FN, meinte er, dass man keine Religionen bekämpfe, sondern (vor allem muslimische) „Einwanderer“, die „inakzeptable

Ansprüche auf Sonderrechte“ stellten und sich weigern würden, „unsere Gesetze, Bräuche und Sitten anzuerkennen“. Im Gegensatz zu Geert Wilders und – wie es vorübergehend schien – Heinz-Christian Strache werde der FN einen „ausgewogenen Kurs“ im Nahostkonflikt fahren. Am FPÖ-Chef und an seiner vorübergehenden Israel-Begeisterung wagt Gollnisch dann etwas mehr Kritik: „Die Chancen einer europäischen Partei der nationalen Rechten können nicht in einem vom Ausland erteilten Ritterschlag liegen. Das Beispiel des Herrn Fini in Italien hat gezeigt, dass so etwas einem höchstens vorübergehende Erfolge verschafft, dass man dabei aber gleichzeitig seine Seele in Kompromissen und Zugeständnissen verspielt und die Glaubwürdigkeit der betreffenden Partei dauerhaft beschädigt.“ Derartigen Querschüssen zum Trotz

ist es Marine Le Pen gelungen, den um 2005 einsetzenden Abwärtstrend des FN aufzuhalten, ja umzukehren. Bereits bei den Regionalwahlen 2010 erlebte der FN ein Comeback und erhielt landesweit 11,4 Prozent. Schließlich erreichte Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 mit 17,9 Prozent das beste Ergebnis für den FN.

Der FN ist seit seiner Gründung eine nicht wegzudenkende Größe im internationalen Netzwerk an der Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus bzw. Neofaschismus. Kannte Jean-Marie Le Pen entsprechend seiner eigenen Gesinnung keine Berührungängste zu Neonazis und Neofaschist/innen, begann Marine Le Pen sich umzuorientieren – weg von den Pogromhetzer/innen und hin zu den Identitätsbewahrern. Jedoch zeigen sich die Reihen hinter der Vorsitzenden diesbezüglich beharrlicher: Noch im August 2013 nahm „eine Delegation des französischen Front National“ an der „Sommerakademie“ der neonazistischen NPD im Saarland teil. Auch Gollnisch, den eine lange Freundschaft mit Mölzer verbindet, scheint der alten Linie treu zu bleiben – etwa als Vorsitzender der 2009 in Budapest auf Initiative der Jobbik gegründeten Allianz der europäischen Nationalen Bewegungen (AENB), des jüngsten Zusammenschlusses rechtsextremer und neonazistischer/neofaschistischer Parteien. Diese Doppelgleisigkeit fand erst im Oktober 2013 ein Ende, als Gollnisch auf Wunsch von Marine Le Pen den AENB-Vorsitz zurücklegte.

Angesichts der Dominanz von offen neofaschistischen Kräften in der AENB nahm die FPÖ von einem Beitritt Abstand. Jedoch begleiteten Mölzer und Obermayr im August 2010 eine AENB-Delegation nach Japan. Aber ganz wohl war den Freiheitlichen offenbar nicht in dieser Runde, zumindest wurde in Berichten über die Japan-Reise die Teilnahme der British National Party und der Fiamma Tricolore verschwiegen. (...) **Andreas Peham** ■



Gedenken an 12. März 1938

Bundespräsident Heinz Fischer, Verteidigungsminister Gerald Klug und das Österreichische Bundesheer gedachten der unheilvollen Ereignisse des 12. März 1938: Am 12. März 1938 überschritten deutsche Truppen die Grenzen Österreichs, bejubelt von vielen Österreichern. Am 13. März 1938 wurde das Gesetz „Über die Wiedervereinigung mit dem Reich“ proklamiert, das im Nachhinein durch eine Volksabstimmung legitimiert wurde. Der „Anschluss“ markierte das Ende der Ersten Republik, die in ihrer Widerstandsfähigkeit durch den Bürgerkrieg 1934 und die Aktivität der illegalen Nationalsozialisten,

die den autoritären Ständestaat unterwandert hatten, bereits erschüttert war. Um diesen dunklen Teil der Geschichte in Erinnerung zu rufen, legten der Bun-

despräsident und der Minister im Weiheraum im äußeren Burgtor des Wiener Heldenplatzes einen Kranz nieder. An der Kranzniederlegung, die zum ersten Mal

im Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1938 stattfand, nahmen auch die Führungsspitze des Bundesheeres und eine Ehrenformation der Garde teil. ■



Die VertreterInnen der Opferverbände bei der Kranzniederlegung in der Krypta

Hindels-Symposium im Zeichen der Programm-Debatte

Ende Februar lud die SPÖ Wiener Bildung ins Wiener SPÖ Bildungszentrum zum 22. Josef Hindels Symposium. Anlässlich des 125. Gründungsjahrs der SPÖ wurde über einige grundlegende Themen der Sozialdemokratie diskutiert. Ernst Nedwed wurde eigens eine Debatte über Bildungsarbeit und Sozialdemokratie gewidmet.

Einen wichtigen Themenblock bildete die sozialdemokratische Politik auf europäischer Ebene, besonders auch in Hinblick auf die kommende Wahl zum EU-Parlament. „Europa soll ein Europa für alle sein und nicht Vorteile für einige wenige bringen“, betonte SPÖ-Europaabgeordnete Evelyn

Regner in ihrem Eingangsstatement zur Debatte über „Sozialdemokratie in Europa“. Bei den EU-Wahlen 2014 müsse man daher gemeinsam ein starkes soziales Zeichen setzen, um dies garantieren zu können.

Am Nachmittag wurde schließlich über das künftige Partei-

programm mit den beiden Koordinatoren der Programmdiskussion Josef Cap und Karl Blecha diskutiert. Das 125-jährige Bestehen der sozialdemokratischen Bewegung ist ein guter Zeitpunkt, sich der starken Wurzeln zu besinnen und den Wandel der Gesellschaft neu abzubilden. „Es müssen wieder die sozialdemokratischen Grundwerte wie Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt gerückt und der Fokus auf eine soziale, gerechte Zukunft gelegt werden“, betonte Blecha.

Diskutiert wurde auch über die

Arbeiterkammer-Wahl und die sozialdemokratische Bildungsarbeit. Die Bildungsarbeit ist eine tragende Säule der Gesellschaft und nicht zuletzt der Sozialdemokratischen Partei, die aus Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangen ist. Dieser Teil des Josef Hindels Symposiums wurde dem kürzlich verstorbenen, langjährigen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Ernst Nedwed, der sich in großen Teilen seiner politischen Laufbahn in der Bildungsarbeit engagiert hatte, gewidmet. ■

Theo Maier neuer Vorsitzender der Lagergemeinschaft

Bei der Vorstandssitzung am 6. März 2014 wurde Theo Maier, der bereits als stellvertretender Vorsitzender fungierte, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er übernimmt von Alfred Mansfeld die Aufgaben

des Vereines, der auf Initiative von Ernst Nedwed 2011 gegründet wurde.

Die Nachbesetzung für den im November 2013 verstorbenen Schriftführer der Lagergemein-

schaft, Abg. z. NR a. D. Ernst Nedwed, übernimmt Annemarie Hopfgartner. Die anderen Vorstandsmitglieder werden gemeinsam die Arbeit fortsetzen. Die Lagergemeinschaft hat das Ziel, sich mit der Geschichte des

in Österreich weniger bekannten Konzentrationslagers Flossenbürg auseinanderzusetzen. Ein „prominenter“ politischer Häftling war der ehemalige Bundesvorsitzende, Abg. z. NR a. D. Leo Mistingier. ■



Neonazi-Homepage „alpen-donau.info“ wieder online

Seit Mitte Februar ist in Anlehnung an die von 2009 bis 2011 aktive neonazistische Homepage alpen-donau.info eine gleichnamige Website online. Während die alte Homepage anonym von einem US-amerikanischen Server aus betrieben wurde, zeichnet nun laut einer Domainabfrage der Grazer Richard Pflingstl verantwortlich. Pflingstl, ehemaliger Führungskader des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) und Burschenschafter bei der Grazer Germania (im CDC bzw. Marko-Germania), wurde im Dezember 2012 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer Haftstrafe von 24 Monaten auf Bewährung (noch nicht rechtskräftig) verurteilt. Kurz davor stand er auch wegen schwerer Körperverletzung vor

Gericht. Auf seiner neuen Seite berichtet Pflingstl, dass gegen ihn seit Juli 2012 ein weiteres Ermittlungsverfahren anhängig ist: Die Staatsanwaltschaft Wien werfe ihm vor, er hätte 2009 das alpen-donau-Forum „installiert und konfiguriert“.

Seit Jänner ist auch die neue Website freies-oesterreich.net online. Der oder die Betreiber dieser Webseite aus dem engeren Umfeld des 2011 verstorbenen Altnazis Herbert Schweiger sehen sich der „Verkündung der europäischen Idee des völkischen Aufbruches für Österreich“ verpflichtet. Ihrer Meinung ist Europa und mit ihm Österreich „seinem furchtbaren biologischen Todeskampf seit der letzten Eiszeit vor 10.000 Jahren“ ausgesetzt.

Befreiungsfeier Mauthausen 2014

Die Internationale Befreiungsfeier im ehemaligen KZ Mauthausen findet heuer am Sonntag, dem 11. Mai 2014 statt. Jährlich nehmen zwischen 10.000 und 15.000 Menschen aus ganz Europa und Übersee an den Feierlichkeiten teil. Die Internationale Befreiungsfeier in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen wird vom Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) in enger Zusammenarbeit mit der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen (ÖLM) und dem Comité International de Mauthausen (CIM) sowie mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres veranstaltet. Der Schwerpunkt bei den Gedenkfeiern ist dieses Jahr dem Thema „Wert des Lebens“ gewidmet.

Wie in den vergangenen Jahren organisieren auch heuer wieder einzelne Landesverbände Busse zu den Befreiungsfeiern. Anmelden kann man sich dazu im Bundessekretariat der Freiheitskämpfer/innen:

Kontakt:

Tel. 01/534 27-277 oder per E-Mail: kaempfer@spoe.at



mkö

**BUND SOZIALDEMOKRATISCHER
FREIHEITSKÄMPFER/INNEN,
OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER
ANTIFASCHIST/INN/EN**



1014 Wien, Löwelstrasse 18

Tel.: 53 427/277, FAX: 534 27/258, E-Mail: kaempfer@spoe.at

<http://www.freiheitskaempfer.at>

Landesorg.: _____ Bezirksorg.: _____

Mitgliedsanmeldung

Mitglied / unterstützendes Mitglied*

Zuname: _____

Akad. Grad, Titel: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Tel.: _____ E-Mail: _____

Geb.: Tag ☐ ☐ Monat ☐ ☐ Jahr ☐ ☐ ☐ ☐

Mitglied der SPÖ seit: _____

oder Mitglied der soz. Jugendorg.: _____ seit: _____

Datum

Unterschrift

geworben von: _____

*Nichtzurechendes bitte streichen



Auschwitz – Geschichte, Gedenken und Bildung

Die Internationale Sommerakademie eröffnet die Möglichkeit einer intensiven und gleichzeitig persönlichen Beschäftigung für Lehrerinnen und Lehrer mit vielfältigen Themen über und rund um die Gedenkstätte Auschwitz.

Die Fortbildungsfahrt beinhaltet eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema,

unterstützt von Vorträgen, Diskussionen und Gesprächen. Es stehen unter anderem mehrere Sonderführungen durch die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und ein Treffen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gedenkstätte auf dem Programm, ergänzt durch einen Besuch der nationalen Ausstellungen.

Zeit: 23. bis 29. August 2014, 13 Uhr

Ort: OŚWIĘCIM – KRAKÓW

Veranstalter: Pädagogische Hochschule des Bundes in Wien, Staatliches Museum Auschwitz-Birkenau, AK Wien

Anmeldung: thea@schwantner.com (für Interessierte); angelika.zagler@phwien.ac.at (für LehrerInnen)

Holocaust-Gedenktag: Gerechtigkeit und Solidarität leben



Am Internationalen Holocaust-Gedenktag (27. Jänner) fand auf dem Wiener Heldenplatz eine Gedenkveranstaltung statt. An der vom Bündnis „Jetzt Zeichen setzen!“ veranstalteten Kundgebung nahmen etwa 300 Menschen teil.



SoHo-Vorsitzender Peter Traskowitsch, Freiheitskämpfer/innen-Bundesvorsitzender Johannes Schwantner, SoHo-Seniorensprecher Nick Allen und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek legten zum Gedenken an die vielen homosexuellen Opfer des Nazi-Regimes am Mahnmal Morzinplatz einen Kranz nieder.

Anthologie widerstand und freheitskampf

von Peter Ulrich Lehner (Hg.)

*Nur der versteht,
was das Gedicht sagt,
wer in dessen Einsamkeit
der Menschheit Stimme vernimmt.*

Theodor W. Adorno
Rede über Lyrik und Gesellschaft

*Der Knecht singt gern ein Freiheitslied
Des Abends in der Schenke:
Das fördert die Verdauungskraft,
Und würzet die Getränke.*

Heinrich Heine
An einen politischen Dichter

*hosd
den frechn untaton
in mein
jawoi
gheat?
Gerhard Ruiss*



Peter Ulrich Lehner hat für die Freiheitskämpfer/innen Gedichte zur politischen Aufklärung über den Faschismus zusammengetragen. Künftig werden Auszüge aus diesem wunderbaren Band auf der „letzten Seite“ erscheinen. Das Buch kann im Sekretariat der Freiheitskämpfer/innen bestellt werden.

Peter Ulrich Lehner (Hg.): „widerstand und freheitskampf. lyrische beiträge des 20. jahrhunderts aus österreich“; Mandelbaum Verlag 2010, 400 Seiten; ISBN: 978385476-359-8; € 19.90

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Peter Larndorfer, Harald Ludwig, Harald Mimm, Helmut Muigg, Arne Müsseler, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer, Andreas Peham, Michael Rosecker, Henri Schreiber, Hannes Schwantner, Herta Slabina, Maximilian Zirkowitsch. **Grafische Gestaltung:** Jennifer Neumann. **Lektorat:** Lucia Marjanović, Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 17. März 2014. **Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** Juni 2014.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Maria-Jacobi-Gasse 1, 1030 Wien; Tel.: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Bauer Medien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z033355M